



WEGE FÜR DIE STEIERMARK

Grundsätze, Herausforderungen und Ziele
für die Zukunft unseres Landes

WEGE FÜR DIE STEIERMARK

Grundsätze, Herausforderungen und Ziele
für die Zukunft unseres Landes

INHALT

Vorwort	8
UNSERE WICHTIGSTEN ZIELE FÜR DIE STEIERMARK	12
WAS UNS FORDERT	16
WEGE FÜR DIE STEIERMARK	55
WEGE ZUR ARBEIT	56
WEGE ZUR SICHERHEIT	67
WEGE ZUR NACHHALTIGKEIT	73
WEGE ZUR GEMEINSCHAFT	80
WEGE ZUM WISSEN	89
Danke	96

**STEIRISCHE
VOLKSPARTEI**



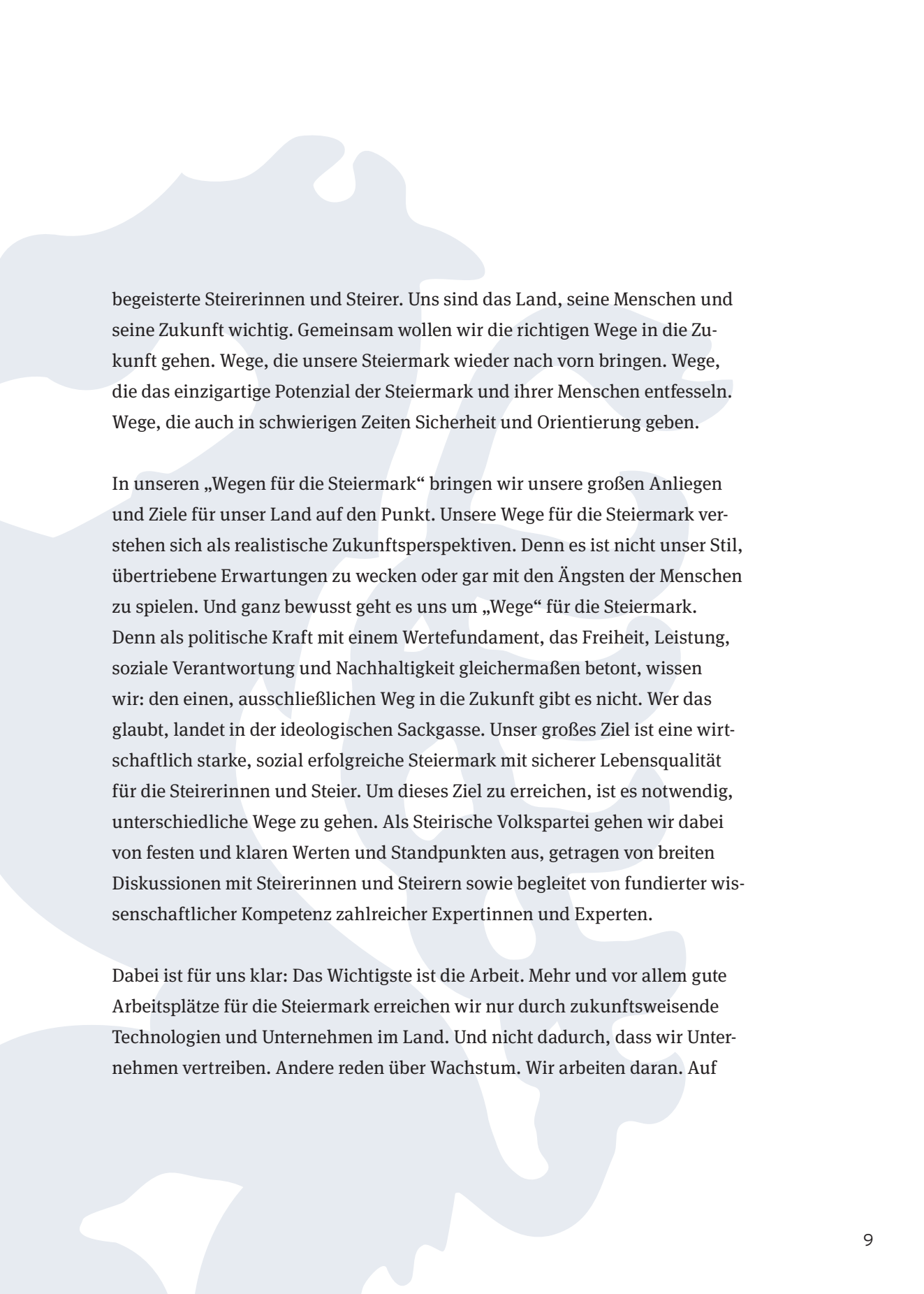
**DIE
STEIERMARK
KANN MEHR**



Wir leben in fordernden Zeiten. Globalisierung und internationaler Wettbewerb haben zunehmend Einfluss darauf, wie wir in der Steiermark arbeiten und leben. Finanz- und Wirtschaftskrise haben uns vor Augen geführt, wie schädlich unregulierte Spekulation und verantwortungslose Schuldenpolitik für uns und unsere Zukunft sind. Mangelnde politische Leistung und Führung in der Steiermark in den vergangenen fünf Jahren haben die Zukunftsaussichten unseres Landes auf den Prüfstand gestellt. In Zeiten wie diesen können wir uns keine – aufgrund der SPÖ-Führung – verlorenen Jahre und keine hausgemachten Probleme mehr leisten. 2005 waren wir in Österreich Wachstumssieger, heute sind wir nur die Nr. 6 im Bundesländervergleich.

Als Steirische Volkspartei sind wir davon überzeugt: Die Steiermark kann mehr. Wir können mit steirischer Politik nicht international verursachte Probleme lösen. Aber wir können mit steirischer Politik unserem Land jene Stärke zurückgeben, die heute wichtiger denn je ist. Dafür muss sich auch die Politik wieder auf die Stärken und Tugenden besinnen, welche die Steiermark groß gemacht haben: Unseren Stolz auf unsere Eigenständigkeit, auf unsere Traditionen und unsere Offenheit für das Neue, Bessere. Unsere Stärke nach innen und nach außen durch unseren steirischen Gemeinsinn und Zusammenhalt. Und unsere steirische Konsequenz – manche sagen auch Sturheit dazu – das, was wir als richtig erkannt haben, auch richtig umzusetzen.

Wir wollen die steirischen Stärken wieder auf den Punkt bringen – ohne Wenn und Aber, und zum Nutzen der ganzen Steiermark. Wir sind keine Selbstdarsteller, keine Ideologen, keine Parteisoldaten, keine Opportunisten. Wir sind



begeisterte Steirerinnen und Steirer. Uns sind das Land, seine Menschen und seine Zukunft wichtig. Gemeinsam wollen wir die richtigen Wege in die Zukunft gehen. Wege, die unsere Steiermark wieder nach vorn bringen. Wege, die das einzigartige Potenzial der Steiermark und ihrer Menschen entfesseln. Wege, die auch in schwierigen Zeiten Sicherheit und Orientierung geben.

In unseren „Wegen für die Steiermark“ bringen wir unsere großen Anliegen und Ziele für unser Land auf den Punkt. Unsere Wege für die Steiermark verstehen sich als realistische Zukunftsperspektiven. Denn es ist nicht unser Stil, übertriebene Erwartungen zu wecken oder gar mit den Ängsten der Menschen zu spielen. Und ganz bewusst geht es uns um „Wege“ für die Steiermark. Denn als politische Kraft mit einem Wertefundament, das Freiheit, Leistung, soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit gleichermaßen betont, wissen wir: den einen, ausschließlichen Weg in die Zukunft gibt es nicht. Wer das glaubt, landet in der ideologischen Sackgasse. Unser großes Ziel ist eine wirtschaftlich starke, sozial erfolgreiche Steiermark mit sicherer Lebensqualität für die Steirerinnen und Steirer. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, unterschiedliche Wege zu gehen. Als Steirische Volkspartei gehen wir dabei von festen und klaren Werten und Standpunkten aus, getragen von breiten Diskussionen mit Steirerinnen und Steirern sowie begleitet von fundierter wissenschaftlicher Kompetenz zahlreicher Expertinnen und Experten.

Dabei ist für uns klar: Das Wichtigste ist die Arbeit. Mehr und vor allem gute Arbeitsplätze für die Steiermark erreichen wir nur durch zukunftsweisende Technologien und Unternehmen im Land. Und nicht dadurch, dass wir Unternehmen vertreiben. Andere reden über Wachstum. Wir arbeiten daran. Auf

unser aller Leistung kommt es mehr denn je an. Deshalb muss sich Leistung lohnen. Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein. Alles andere ist ungerecht und unsozial. Eine erstklassige soziale Absicherung ist uns wichtig, denn sie gibt den Steirerinnen und Steirern Sicherheit in unsicheren Zeiten – aber das soziale Netz ist keine Hängematte. Das richtige Maß brauchen wir auch im Umgang mit Staat und Bürokratie. Wir sind der festen Überzeugung: Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da – und nicht umgekehrt. Das gilt auch in finanziellen Belangen. Der Staat kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als er einnimmt. Daher muss der Staat finanzierbar werden – damit er auch in Zukunft verlässlich da ist, wenn wir ihn brauchen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir in den kommenden fünf Jahren die richtigen Wege für unsere Steiermark gehen. Dass wir an frühere Erfolgsgeschichten anknüpfen, und dass wir neue Erfolgsgeschichten schreiben. Selbstbewusst. Offen für die Zukunft. Und gemeinsam. Denn wir sind es unserem Weltbild schuldig, auf diesen Wegen niemanden zurückzulassen. Jetzt geht es um Politik für die Steiermark, die klare Ziele hat und richtige Wege geht.

Wir laden Sie ein: Gehen Sie mit. Machen wir die Steiermark gemeinsam wieder stark.

WEIL UNSERE STEIERMARK EINFACH MEHR KANN.



Hermann Schützenhöfer
und die Steirische Volkspartei





**UNSERE
WICHTIGSTEN
ZIELE
FÜR DIE STEIERMARK**

DAS WICHTIGSTE IST ARBEIT. Arbeit gibt dem

Leben Sinn und den Menschen Erfüllung und Anerkennung. Gute Arbeitsplätze sind gerade jetzt wichtiger denn je. Wir wollen deshalb Produktivität und Innovation in der Steiermark stärken, um unser Land aus der Krise herauszuführen und es wieder zu einem Motor der Beschäftigung in Österreich zu machen. Dafür müssen wir uns wieder ganz auf unsere steirischen Stärken, wie Ideenreichtum, Initiative und Innovation konzentrieren. Unsere Chance liegt in exportorientierten, international vernetzten Betrieben, die sich vor Ort auf eine gute Forschungsbasis und auf hochqualifizierte Fachkräfte stützen können.

Nach fünf Jahren Stillstand unter SPÖ-Führung wollen wir die Steiermark wieder zum Wirtschafts- und Arbeitsstandort mit höchster Qualität machen. Wir vertreiben Betriebe und damit Arbeitsplätze nicht aus dem Land, wir siedeln sie an.

Wir müssen auch unser Möglichstes tun, jenen zu helfen, die Arbeit suchen oder unverschuldet keine Arbeit mehr bekommen können. Hilfe zur Selbsthilfe durch höhere Qualifizierung und verstärkte Anstrengungen für zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich neuer Technologien – so genannte „green jobs“ – sind für uns wichtige Instrumente.

Die neuen Wachstumsbereiche sind hochtechnologisch, innovativ und arbeitsintensiv – und ein Garant für Arbeit auch in der Zukunft. Darum werden wir unser Programm für „green jobs“ auch auf andere Bereiche des Arbeitsmarktes ausdehnen. Damit die Arbeit im Land wieder Zukunft hat.

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN. Wer ehrlich

und hart arbeitet, muss auch fair belohnt werden. Eigene Leistung soll über Wohlstand entscheiden. Unsere Steiermark braucht Menschen, die Leistung erbringen wollen. Sie können mit Vertrauen in die Zukunft blicken, weil ihre Arbeit das Wohl ihrer Familien sichert.

Anderen, die wirklich unsere Hilfe brauchen, wollen wir wirkungsvoll helfen. Deshalb müssen wir das steirische Sozialsystem effizienter gestalten und auch finanzierbar machen. Deshalb wollen wir bestehende Missstände beseitigen, Unter- und Überversorgung vermeiden, bestehende Lücken schließen und unsinnige Verschwendung vermeiden. Dazu brauchen wir auch in der Steiermark Transparenz und soziale Gerechtigkeit in Form eines Transferkontos für Menschen, aber auch für die Förderungen von Betrieben und Institutionen. Denn Gerechtigkeit kennt keine Grenzen.

SICHERHEIT IN DER UNSICHERHEIT.

Die Menschen in der Steiermark – wie in Österreich – leben in einem sicheren Land, wie es nur wenige auf dieser Welt gibt. Aber in einer Zeit der wachsenden neuen Bedrohungen und der organisierten Kriminalität, die oft von außen an uns herangetragen wird, können und dürfen wir nicht weiterhin untätig zusehen, wie die Menschen des Landes zunehmend verunsichert sind. Eine wirkungsvolle Bekämpfung dieser neuen Bedrohungen erfordert mehr Wachsamkeit aller Verantwortlichen und eine engere internationale Zusammenarbeit. Sie bedarf auch neuer personeller Ressourcen. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass mehr steirische Polizistinnen und Polizisten auch für mehr steirische Sicherheit sorgen können.

DER STAAT MUSS FINANZIERBAR WERDEN.

Sparsamkeit ist eine Tugend. Wir sind den Steirerinnen und Steirern gegenüber verpflichtet, mit ihren hart erarbeiteten Steuergeldern ordentlich umzugehen. In einer Zeit der finanziellen Krise sowie der stark steigenden Verschuldung des Landes darf man eine Reform der Verwaltung und der öffentlichen Strukturen nicht länger hinauszögern. Vor allem doppelter Aufwand und Mehrfachausgaben zwischen Bund und

Land oder zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz müssen beseitigt werden. Man muss ohne Vorbehalte über die Effizienz von Verwaltung und Institutionen reden und, wo sinnvoll und möglich, Aufgaben zusammenlegen, verknüpfen oder streichen.

Es ist unser Ziel, durch gesteigerte Effizienz den Bürgerinnen und Bürgern bessere Dienstleistungen zu bieten und unsere Region als Standort im Wettbewerb zu stärken.

MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT. Energie ist eine

Voraussetzung für unsere Entwicklung. Ohne Energie stehen alle Räder still. Da wir auch die Zukunft folgender Generationen in der Steiermark sichern müssen, ist es unsere Pflicht, mit den vorhandenen Energiere Ressourcen sorgsam umzugehen und neue Bereiche zu erschließen.

Energie soll sparsam und effizient eingesetzt werden. Wir sehen die Notwendigkeit gleichzeitiger Anstrengungen im privaten und im öffentlichen Verkehr, beim Wohnbau und in der Fertigung von Gütern, in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Wir wollen unseren steigenden Bedarf an Energie auf sozial verträgliche und ökologisch verantwortliche Weise decken. Dazu befürworten wir auch den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energieformen, die effizient und ökonomisch nachhaltig sind.

In einigen Bereichen kann man schon heute deutlich machen, wie die Zukunft aussehen kann. Wir begrüßen deshalb Initiativen von steirischen Gemeinden, die zur Selbstversorgung mit Energie übergehen wollen. Bis zum Jahr 2025 sollen es rund 200 solcher innovativen steirischen Gemeinden sein.

Was
uns
fordert.



Welche globalen, nationalen und regionalen Entwicklungen sind für die Zukunft der Steiermark entscheidend? Jedes politische Zukunftsprogramm muss heute auf einer kritischen Analyse und Reflexion unserer Zeit basieren. Das ist eine wichtige Grundlage für richtiges politisches Handeln.

Es ist uns nicht erspart geblieben, in einer *interessanten Zeit* zu leben. Es ist jene Zeit, in der die moderne Welt in eine neue Phase getreten ist – manche sprechen von der Spätmoderne oder Postmoderne. Wie immer man sie nennen will – in dieser Epoche ist das Leben anders als in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Es ist die Epoche der *Globalisierung*, in der alles über alle Grenzen fließt, zum Guten und zum Schlechten. Es ist die Epoche der *Europäisierung*, in der die europäischen Länder sich zur Zusammenarbeit entschlossen haben, zur Beseitigung ihrer Grenzen, zur Solidarität bei der Bewältigung von Problemen. Es ist die Epoche nach der *Wirtschaftskrise*.

In dieser Welt müssen wir uns zurechtfinden. Das ist die Aufgabe jedes Einzelnen. Es ist aber auch die Aufgabe der Politik, am Verständnis dieser Welt mitzuarbeiten, realistische *Zukunftsperspektiven* zu entwerfen, Szenarien zu entwickeln, Projekte durchzuführen. Sie soll weder übertriebene Erwartungen wecken noch mit den Ängsten der Menschen spielen. Das eine ist illusionäre Versprechungspolitik, das andere ist autoritärer Populismus.

Eines kann man nicht tun in dieser Situation: einfach abwarten. Einfach so weitermachen. Dieser Situation kann man nur durch *kraftvolles politisches Handeln* begegnen. Wer allzu schnell das *Ende der Krise* ausruft, will sich oft nur die *Reform ersparen*. Wer glaubt, es könne alles von selbst so weitergehen, verzichtet auf das mögliche Management der Krise – und bereitet schwerere Krisen vor.

In der Zeitenwende

Es gibt Politik auf unterschiedlichen Ebenen: Weltpolitik, Europa-Politik, nationale und regionale, kommunale und lokale Politik. Alle Ebenen leisten ihre jeweils unterschiedlichen Beiträge zu einem guten Leben. Und alle Ebenen hängen zusammen.

Der steirischen Politik obliegt es, zunächst *im eigenen Umkreis das Nötige zu tun*, ohne dass wir die gemeinsamen Verpflichtungen Österreichs vernachlässigen oder die Position des Landes in Europa und in der Welt ignorieren. Uns geht es um das Ganze – *um uns in Europa und um uns in der Welt*. Das ist kein Widerspruch. Man kann sich nicht in der Provinz verkriechen und sich einbilden, dass man dort sicher wäre. Das wäre unter heutigen Bedingungen provinziell und weltfremd, und es würde auf die Dauer schiefgehen. Man kann in dieser Welt die Grenzen nicht mehr dichtmachen und alles beim Alten lassen. Wir leben in einem luxuriösen Land, aber das heißt nicht, dass diese Errungenschaften garantiert sind, dass wir uns auf ihnen ausruhen können. Dieser Reichtum muss im globalen Wettbewerb immer wieder neu errungen werden.

Die Rezepte aus dem zwanzigsten Jahrhundert werden nicht für das einundzwanzigste Jahrhundert reichen. Wir müssen uns unsere Rezepte selber finden. Die Welt, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten gekannt haben, ist in mancher Hinsicht vorüber – ob uns das gefällt oder nicht.

Die Dimension der Krise verstehen

Die *Finanz- und Wirtschaftskrise* seit 2008 ist kein Konjunkturerinbruch, auf den eine rasche Erholung folgt. Sie wird das wirtschaftliche und politische Handeln auf Jahre hinaus bestimmen, allein schon auf Grund der langfristigen Verschuldung. Deshalb muss jede

Ortsbestimmung der Gegenwart bei diesem Ereignis und seinen Folgen ansetzen.

Die Ereignisse haben uns gezeigt, dass die Welt ein *verflochtenes Ganzes* ist. Wenn irgendwo in der Mitte Amerikas Immobilien in die Krise geraten, dann merken wir das binnen weniger Wochen auch in der Steiermark. Globalisierung wird spürbar, sie ist keine abstrakte Angelegenheit. Globalisierung heißt, das der Würstelstand vom Sushi-Laden Konkurrenz bekommt und die Konditoreien vom Mc-Café. Globalisierung heißt, dass plötzlich in jedem Supermarkt eine Halloween-Ausrüstung zu kaufen ist. Globalisierung heißt, dass die ganze Welt bei der Oscar-Preisverleihung zuschaut, als ob es das Wichtigste auf der Welt wäre.

Aber auch jenseits dieser „kleinen“ Ereignisse ist eine *weltweite Verschiebung der ökonomischen Kräfte und der politischen Machtverhältnisse* im Gange. Länder wie China sind offensichtlich in der Lage, ihren atemberaubenden Aufschwung fortzusetzen. Es verbreitet sich die Formel von den erfolgreichen BRIC-Ländern: Brasilien, Russland, Indien, China. Mehr als 3 Milliarden Menschen sind zum weltweiten Marktsystem dazugestoßen. Das ist für alle Länder eine Chance, aber diese Chancen liegen nicht auf der Straße. Denn mit diesen Ländern sind auch Mitspieler auf den Weltmarkt getreten, die einen steigenden Kosten- und Wettbewerbsdruck auslösen. Auf der anderen Seite sind es die PIIGS-Länder, deren Schwächen in Europa Sorge bereiten: Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien.

Die USA und Europa sind durch die Wirtschaftskrise in einer Weise angeschlagen, dass es ein längerer Weg werden wird, um eine *neue Stabilität und Prosperität* zu erreichen. Das ist eine neue Welt, mit neuen Mechanismen, von denen sich kein Land abkoppeln kann, auch Österreich nicht und nicht die Steiermark.

Was tun in der Krise?

Die Krise erfordert Handeln auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Zeiträumen. Erstens haben wir Monate und Jahre hinter uns, in denen es um *unmittelbares Krisenmanagement* gegangen ist. Die Banken haben Geld gebraucht, in allen Ländern, nicht nur in Österreich. Mengen von Steuergeldern sind in Einrichtungen geflossen, die offensichtlich weder sachgerecht noch weitblickend gearbeitet haben. Als das Schlimmste schon vorbei zu sein schien, muss plötzlich ein Land wie Griechenland von den europäischen Partnern aufgefangen werden, weil es jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hat. Doch es gibt keine Alternative, weder für die Rettung des Finanzsektors noch für die Sicherung des Euro-Raums, denn es gilt Schlimmeres zu verhindern. Niemand weiß, was der Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone und der Konkurs des Landes für die anderen Partner bewirkt hätten.

Der zweite Aspekt waren die *Konjunkturpakete*, die auf die Realwirtschaft gezielt haben. Das ist klassische Ankurbelungspolitik für akute Krisenbewältigung, selbst unter Inkaufnahme einer Staatsverschuldung, die wir unter normalen Umständen nicht billigen würden. Auch dieses Geld muss schließlich erarbeitet werden, von uns und noch mehr von unseren Kindern. Deshalb muss man *verantwortungsbewusst mit dem Geld umgehen*, klug investieren, damit daraus in Zukunft Nutzen gewonnen werden kann. Es ist kein Freibrief für politische Instanzen, weiterhin jenes Geld ausgeben zu können, das man nicht hat. Aber durch die konjunkturpolitische Ankurbelung in Bund und Land behalten Menschen ihre Arbeit. Armut wird verhindert. Unsere Kinder haben eine Zukunft.

Der dritte Aspekt ist der wichtigste: *Was lernen wir aus der Krise?* Wir wollen nicht demnächst wieder vor ähnlichen Problemen stehen. Finanzwirtschaftliche Institutionen müssen so eingerichtet werden,

dass der Missbrauch nach Möglichkeit verhindert wird. Das geht einerseits gegen den *Wildwuchs der Märkte*: Wir brauchen keinen Raubtierkapitalismus, keine wildgewordene Marktgesellschaft. Das geht andererseits auch gegen den Ruf nach dem neuen Planungsstaat. Der Staat als direkter Unternehmensleiter hat noch jeden Betrieb zuverlässig in den Konkurs geführt. Wir brauchen kein *Gehäuse der Hörigkeit*. Es bleibt bei der „ökosozialen Marktwirtschaft“, beim „europäischen Sozialmodell“ – und die Spielregeln müssen in mehrererlei Hinsicht nachjustiert werden.

Morgen ist anders

Es gibt mit großer Sicherheit eine *falsche Reaktion* auf die Wirtschaftskrise. Das ist die Antwort: *Weitermachen. Durchtauchen*. Alles war großartig, und es wird noch großartiger werden. Wir sind erfolgreich, und noch größere Erfolge stehen vor der Tür. Alles in bester Ordnung. *Weiter so*. Das ist gefährliche Blindheit.

Wer angesichts der Ereignisse nicht verstanden hat, dass wir in eine *neue Phase* eingetreten sind, der ist weltfremd. Die Wirtschaftskrise war nur ein Katalysator für diesen Wandel. Wer glaubt, dass diese Krise eine kurzfristige Laune der globalen Wirtschaft gewesen ist, hat ein Wirklichkeitsdefizit. Billiglohnländer sichern ihren Wettbewerbsvorteil in Zukunft nicht nur über niedrige Lohnkosten, in vielen Ländern schließen ihre Unternehmen auch in Marketing, Design, Technologie und Vertrieb zu den entwickelten Industrieländern auf. Der neue globale Wettbewerb wird für Europa, für Österreich und für die Steiermark wirksam. Denn es sind Veränderungen, die man bis in die kleinen Dörfer spürt. Es sind nicht „ferne Prozesse“, die irgendwo über den Köpfen stattfinden und um die man sich in einem österreichischen Bundesland nicht kümmern muss. *In dieser Welt werden jene gewinnen, die sie besser verstehen und unternehmerisch handeln können.*

Krisenanfälligkeit reduzieren

Die Finanzmärkte muss man, im internationalen Gleichklang, wieder in den Griff bekommen, sonst ist die nächste Krise vorprogrammiert. Alleingänge, die nur heimische Standorte schädigen, sind wenig hilfreich und fallen eher unter „symbolische Politik“. Man muss sich im Klaren sein, dass diese Krise für alle eine Überraschung war – und dass man solche Überraschungen auch in Zukunft nicht zur Gänze verhindern können. Die Welt ist nicht bis ins Letzte berechenbar. Neues ist neu. Unvorherzusehendes lässt sich nicht „ausrechnen“. Aber das Finanzsystem muss *krisenresistenter* werden: Krisenanfälligkeit reduzieren. Im Ernstfall ist es zu spät, man braucht vorausschauende Ordnungspolitik. Wir werden die *Überlebensfähigkeit* in Krisen betonen müssen, auch zu Lasten der kurzfristigen Effizienz.

Wir haben gelernt, dass es nicht nur politische Instanzen sind, die mit verstaatlichten Unternehmen nicht umgehen können. Auch Managerinnen und Manager privater Unternehmen können den Karren gegen die Wand fahren, und sie haben zuweilen die Unverschämtheit, dafür auch noch exorbitante Prämien zu kassieren. Das spricht jedem Anstand Hohn, und es hat mit Recht verbreitete Entrüstung ausgelöst. Zum Teil war die Krise freilich auch durch falsche staatliche Regulierung verursacht, neben den unangemessenen Spielregeln für die Märkte. Aber ein Finanzsystem, das nur dazu da ist, Anteilseignerinnen und Anteilseigner rasche Spekulationsgewinne zu verschaffen, ist jedenfalls kein nachhaltiges System. Der reine Shareholder-Kapitalismus versteht nicht, wie die Marktwirtschaft funktioniert. Wenn Unternehmen *für ihre Kunden arbeiten statt für spekulative Investoren*, wird das für alle Beteiligten, letztlich auch für die Eigentümer, von Vorteil sein.

Europa steht vor einer Entscheidung. Die eine Möglichkeit ist: Zerfall, Abbröckeln der Euro-Zone, Verstärkung unterschiedlicher nati-

onaler Interessen. Die andere Möglichkeit ist: eine Stärkung der europäischen Institutionen: einen europäischen Währungsfonds; eine europäische Wirtschaftspolitik; eine europäische Steuerpolitik; eine europäische Finanzmarktaufsicht. Das heißt nicht gleich: Brüsseler Zentralstaat. Aber Europa ist gerade durch diese Krise von einem *Freihandelsverein* zu einer *Schicksalsgemeinschaft* geworden, und dem haben wir Rechnung zu tragen.

Lehren für die Steiermark

Die Steiermark ist ein *starkes Land*, aber sie ist auch *von der Wirtschaftskrise stark getroffen* worden. Diese Krise ist noch nicht vorbei. Es ist keine Zeit, in der man die Probleme verdrängen könnte. Alle politischen Kräfte müssen zusammenarbeiten, wenn sie nicht schuld daran sein wollen, dass die immer noch sehr gute Situation des Landes auf entscheidende Weise zu bröckeln beginnt. Die Steiermark kann mehr.

Dieses Land hat gute, qualifizierte Arbeitskräfte, geschickte Handwerkerinnen und Handwerker, unternehmerischen Geist, engagierte und leistungsbewusste Menschen, innovative Denkerinnen und Denker und Erfinderinnen und Erfinder, seriöse Forscherinnen und Forscher, loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber es gibt auch andere europäische Regionen, die stark und erfolgreich sind. An den besten müssen wir uns messen.

Die Steiermark ist aus der Peripherie in das *Herz Europas* gerückt. Die Globalisierung beginnt in der Nachbarschaft, mit der Ostöffnung. Damit liegt unser Land im Zentrum eines Raumes mit 53 Millionen Menschen. Die österreichischen Unternehmen haben die Chancen, die neuen Märkte vor der eigenen Haustüre zu erschließen, gut genutzt.

Aber als reiches Land hat die Steiermark im globalen Wettbewerb einen entsprechenden *Kostendruck*. Manches davon lässt sich auffangen, etwa durch die Nutzung von Flexibilisierungsreserven. Doch auch die demographische Entwicklung gibt, wie in vielen Ländern, Anlass zur Sorge. Aufwändige Verwaltungs- und Politikstrukturen sind verbesserungsfähig. Es sind einige Reformen machbar, die den Lebensstandard nicht beeinträchtigen. *Reformfähigkeit* ist gefragt: Wenn alle Vorhaben durch Interessentengruppen blockiert werden, wird die Zukunftsfähigkeit des Landes geschmälert. Dann taumeln wir in die Sklerose. Es muss, über alle Differenzen im Detail hinaus, eine *gemeinsame Vision* der politischen Kräfte für die Zukunft des Landes geben.

Die Stärken der Steiermark müssen ausgebaut, die Nachteile nach Möglichkeit aufgeholt oder beseitigt werden. Ein hochqualifiziertes Land mit entsprechender Einkommenssituation kann nur mit *Kompetenz und Innovationskraft* Erfolg haben. Wir brauchen Unternehmen, deren Produkte und Dienstleistungen weltweit begehrt sind. Wir müssen die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen, insbesondere auch die Ausbildung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich fördern. Wir brauchen Qualifizierung auf allen Ebenen, und wir brauchen interessante und kooperative Forschungseinrichtungen.

In turbulenten Zeiten wie diesen gibt es Gewinner und Verlierer, aber wir sind es unserem (europäischen) Weltbild schuldig, *niemanden abzukoppeln und zurückzulassen*. Wer unsere Hilfe braucht, soll in einer solidarischen Gesellschaft, im Rahmen des „europäischen Sozialmodells“, damit rechnen können. Ein *attraktives Lebensumfeld* ist für die Menschen dieses Landes in allen ihren Lebensdimensionen wichtig: als Staatsbürger, als Dorf- und Stadtbewohner, als Konsumenten, als Mitarbeiter, als Studierende und als Pensionisten, als Bauern und Ingenieure, als Einwanderer und Einheimische.

Welt der Arbeit

Die Steiermark hatte noch vor zwei Jahrzehnten gravierende *Strukturprobleme*. Innerhalb dieser Zeit ist es gelungen, aus der Wachstumsschwäche herauszukommen, Gründungsraten von Unternehmen zu steigern, die Forschungs- und Innovationsintensität anzuheben. *Erfolgreiche Netzwerke und Cluster* haben sich gebildet. Wir haben zwei Jahrzehnte guter Entwicklung hinter uns, mit einer gewissen Abschwächung in den letzten Jahren, und es ist gelungen, hinsichtlich vieler Indikatoren die Steiermark im österreichischen Vergleich nach vorne zu bringen. Aber den Rückschlag durch die Wirtschaftskrise spürt man auf dem Arbeitsmarkt. Die starke *Industrieorientierung* der Steiermark sichert uns für die Zukunft ab, aber sie macht auch gegen Wirtschaftsschwankungen empfindlich. In der Krise sind die steirischen Arbeitslosenzahlen von rund 6,5 Prozent auf beinahe 10 Prozent im Dezember 2009 hochgeschneit. Der Außenhandel ist stark zurückgegangen. Es zeigen sich Zeichen einer Belebung, aber man wird eine Zeit lang brauchen, um den Rückschlag zu verarbeiten.

Arbeit rangiert weit vorne, wenn die Menschen nach ihren Wünschen und Werten befragt werden. Arbeit sichert Einkommen. Arbeit ist Teil der Person. Aber die Menschen haben durchaus das Gefühl, dass ihr Leben ein Ganzes sein muss, und dazu gehören auch Partnerschaft, Familie, Kinder, Gesundheit, Behaglichkeit – und manchmal ein bisschen Spaß. Eine zufriedenstellende Arbeit ist ein zentrales Anliegen, aber sie muss in das Leben eingebettet werden.

Die Welt verändert sich immer rascher, und auch in der Arbeitswelt sind wir mit positiven und negativen Veränderungen konfrontiert. Diesen Fragen muss sich eine *zeitgemäße Arbeitnehmerpolitik* stellen. Klassische Normalarbeitsverhältnisse bilden zwar derzeit noch immer den überwiegenden Anteil an der Erwerbsarbeit, neue Formen

der Arbeit sind aber auf rasantem Vormarsch. Werkverträge, freie Dienstverträge, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sowie verschiedenste Mischformen gehören zur Realität der österreichischen Arbeitswelt. Alles wird flexibel, auch die Jobs und die Karrieren. In den oberen Etagen des Arbeitsmarktes sind unsichere Projekte und unbezahlte Praktika im Aufstieg, in den mittleren Etagen sind es prekäre Arbeitsverhältnisse, in den unteren Etagen ist es Leiharbeit. Für die meisten Menschen ist eine solche Unsicherheit belastend. Das Mindeste, was man tun kann, ist, dafür zu sorgen, dass die sozialversicherungsrechtliche Absicherung gewährleistet ist. Wünsche für die Gestaltung der Arbeitswelt sind offen.

Unterschiedliche Lebenswünsche

Es gibt keine Schuhe, die jedem passen. Es gibt auch unterschiedliche Lebensmodelle, und die Freiheit, sich entscheiden zu können, wie man leben will, soll gesichert werden. Zuweilen wird nämlich spürbar, dass politische Gruppierungen oder Interessengruppen zu wissen glauben, wie das „richtige“ Lebensmodell aussieht. Aber die Menschen sind verschieden. Manche wollen Karriere machen, manche wollen ein bequemes Leben, auch wenn dies mit ein bisschen weniger Geld verbunden ist. Manche finden ihre Erfüllung stärker im Beruf, manche eher im Privatleben. Das geht in Ordnung.

Höhere Teilzeitquoten können einerseits Ausdruck stärkerer Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Indiz für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sein. Andererseits können sie auch ein ungewolltes Abdrängen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Arbeit auf Abruf und ähnliche Phänomene anzeigen.

Manche entschließen sich, ganz für den Beruf oder ganz für die Familie da zu sein. Ebenso legitim ist es, eine machbare Balance zwi-

schen beiden Optionen zu finden. Die Frauen haben diesen Weg mit großer Entschiedenheit beschritten, und ihr neues Lebenskonzept verdient Unterstützung. Die Männer sind noch ein wenig in Verzug. Wünsche nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie beziehungsweise Elternschaft und Beruf sind jedenfalls weit verbreitet, und da bleibt noch viel zu tun: bei der „Zeitpolitik“ der Institutionen ebenso wie bei der institutionellen Hilfestellung, etwa durch Kinderbetreuungseinrichtungen.

Keine Kasinogesellschaft

Zu den gefährlichen Tendenzen der Gegenwart gehört die allgegenwärtige und hemmungslose *Schuldenmacherei* auf allen Ebenen der Gesellschaft, von Niedrigeinkommensbeziehern bis zu den staatlichen Instanzen. Eine Überschätzung privater Möglichkeiten hat in die US-Immobilienkrise geführt, und die staatliche Selbstüberforderung gehört zur Vorgeschichte der Euro-Krise.

Allzu viele haben geglaubt, was in den letzten Jahrzehnten vielerorten propagiert wurde: Sparsamkeit sei ein Laster, und jedes Geldausgeben sei gut, weil es die Wirtschaft ankurbelt. Im Staat wurde ein unerschöpfliches Fass gesehen, aus dem sich immerzu schöpfen ließe. Aber das stimmt nicht. Es stimmt genauso wenig, dass man den Wunsch nach dem schnellen Geld und dem hohen materiellen Wohlstand in einer begrenzten Welt bis ins Endlose fortführen kann. Es ist nicht dumm und spießig, *keine* Schulden zu machen. Das gilt für jeden Einzelnen und auch für die Gemeinschaft. Nicht jede staatliche Ausgabe ist eine *Zukunftsinvestition*: Man kann auch schlicht von der Substanz leben, aber das geht nur eine Zeitlang gut. *Marktfetischisten* und *Umverteilungsfetischisten* teilen sich denselben begrenzten Horizont. Die einen sagen: Der Markt sorgt für immer mehr Reichtum für alle, man muss ihn nur arbeiten lassen, dann können wir uns alles kaufen und werden glücklich. Die anderen sagen: Die

Umverteilung beschert jedem Reichtum und Konsum, dann können sich alle alles kaufen und alle werden glücklich. Aber auf dieser materiellen Ebene ist das Glück eben nicht garantiert.

Langfristig kann man nur ausgeben, was man einnimmt. Wenn man auf Dauer über die Verhältnisse lebt, dann landet man irgendwann in der Situation Griechenlands. Trotz der besseren Verhältnisse in Österreich gibt es auch hierzulande Tendenzen zum budgetären Leichtsinns: zur Vergabe von Wahlgeschenken, zur symbolischen Politik mit fiskalischen Mitteln, zum Einsatz budgetärer Tricks. Je länger man die Ernsthaftigkeit verweigert, desto größer wird die nachfolgende Krise.

Keine endlose Steigerung

Eine solide und zufriedenstellende Arbeit ist für die meisten Menschen ganz wichtig, sie haben aber nicht die Illusion, dass grenzenlos steigendes Einkommen ihr Lebensglück sichert. Die *Lebenszufriedenheit* lag in den siebziger Jahren, als das reale Volkseinkommen bei etwa einem Viertel bis Drittel gelegen war, gleich hoch wie heute. Jene Haushalte, die heute als *arm* eingestuft werden, verfügen über eine Kaufkraft wie die *durchschnittlichen* Arbeitnehmerhaushalte in den sechziger Jahren; und diese hatten damals nicht das Gefühl, beengt zu leben. *Armut* bedeutet allerdings Belastung in mehrfacher Weise: materielle Einschränkungen, Verschuldung, Peinlichkeit, Krankheit, Überforderung. Österreich hat ein gut ausgebautes Transfersystem, durch das Armutsgefährdung zu einem großen Teil beseitigt wird.

Wenn ein gewisses Einkommensniveau überschritten ist, treten für die meisten Menschen andere Dinge in den Vordergrund: weniger Stress, mehr Spaß, Freundschaft und Familie, ein erfüllender Beruf. In den nächsten Jahrzehnten wird es, angesichts der weltweiten

Wirtschaftstendenzen, wichtig sein, die *Lebensqualität* zu entwickeln; nicht ein Wachstum um des Wachstums willen zu erzwingen, welches zwar eine schöne Statistik darbietet, aber in Wahrheit mehr Kosten verursacht, als jede vermeintliche Einkommenssteigerung ausgemacht hat, und damit den Lebensstandard in Wahrheit senkt. *Eine Steigerung der Lebensqualität ist möglich, wenn man die Sache richtig anpackt.* Es wird nicht die primitive Form sein, von der Art: immer mehr Einkaufen für alle. Es wird eine umfassende und vieldimensionale Lebensqualität sein.

Marktwirtschaft mit europäischem Etikett

Die „ökosoziale Marktwirtschaft“ ist ein zukunftsorientiertes System, und sie ist es immer gewesen. Sie ist nicht ein System der Gier, der Illusion und des schnellen Geldes. Sie ist die Basis für die Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte. Das Soziale und der Markt gehören zusammen, und dass diesem Modell die Ökologie hinzuzufügen ist, wird langsam auch den letzten Betonköpfen klar.

Diese Krise hat – mit Recht – *Vertrauen* erschüttert: zwischen Bürgerinnen und Bürgern, dem politischen System, den Wirtschaftslenkern, den Bank-Chefs, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Beraterinnen und Beratern. Es wird eine gemeinsame Aufgabe sein, sich über die Reform des Systems gemeinsam den Kopf zu zerbrechen. Politik ist eine gemeinsame Angelegenheit. Sie gründet auf Dialog. Diese Gemeinsamkeit muss man einsetzen, um gut über die Krisenjahre zu kommen.

Die Neuregelung der Finanzmärkte

Wenn die Finanzmärkte weiter verrückt spielen, wird jede Beschäftigungspolitik unwirksam. Die Neuregelung der Finanzmärkte auf globaler Ebene dauert schon viel zu lange, und es steht zu befürch-

ten, dass sich einschlägige Lobbys für diese Verzögerung einsetzen. Wir brauchen strengere Richtlinien und Rahmenvorgaben für Fonds, Derivate und andere Institutionen und Produkte, die sich als destabilisierende Elemente der internationalen Finanzwelt erwiesen haben.

Es ist angemessen, wenn der Finanzsektor seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leistet, ob über eine österreichische Bankensteuer oder über eine europäische Transaktionssteuer. Aber nationale und regionale Handlungsspielräume sind beschränkt. Europa muss deshalb seine Institutionen weiterentwickeln, beispielsweise eine starke Rolle für das europäische Statistische Amt sichern, eine europäische Ratingagentur einrichten und wirksame Sanktionsmechanismen gegenüber Mitgliedern entwickeln, die das gemeinsame System bedrohen.

Täuschende Harmlosigkeit

Wenn lange Zeit nichts Schlimmes passiert, dann gewinnen die Völker und ihre Politikerinnen und Politiker den Eindruck, es könne nichts passieren. Aber das Leben ist nun einmal eine unsichere Sache, und das gilt natürlich auch für die Wirtschaft. Auch in der Politik sollte man sich nicht zu sicher sein: Die Verharmloser unterschätzen die Wirkungen linkspopulistischer und rechtspopulistischer Politikaussagen, die ja in der Sache oft einander ziemlich ähnlich sind. Unsere Demokratie ist nur wenige Jahrzehnte alt. Es wäre leichtsinnig, sie für unantastbar zu halten.

Der Eindruck der Ungefährdetheit unseres Lebensstandards sowie unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung ist falsch. Beides kann schneller in Erosion geraten, als man sich vorzustellen bereit ist. *Die politische Kultur ist nicht für die Ewigkeit einbetoniert, sie ist ein lebendiges Gebilde und bedarf der Pflege.*

Welt der Sicherheit

Das Empfinden, in einer Zeit der Unübersichtlichkeit und der Desorientierung zu leben, gehört zum Schicksal der Epoche. Die Gesellschaft ist komplex geworden, die Zusammenhänge sind schwer zu übersehen, und sichere Orientierungen sind dahingeschwunden. In dieser Situation ist es wichtig, dass die Politik nicht versucht, den Menschen ihre Verunsicherung auszureden oder ihre Ängste für eigene Zwecke einzuspannen; vielmehr muss sie für einige verlässliche Eckdaten sorgen.

In einer Situation der Verunsicherung halten sich die Menschen mit Recht an jene Errungenschaften, die als europäische Erfindung gelten dürfen: die Gewährleistung von *Sicherheit im europäischen Sozialmodell*; die Verbürgungen des Sozialstaates; das Vertrauen in Institutionen, die niemanden zurücklassen. Hinter diese europäischen Errungenschaften wollen wir nicht zurückfallen.

Es ist unseriös, zukünftige Paradiese und zusätzliche Gratis-Leistungen für alle zu versprechen. *Aber jeder darf auf unsere Hilfe zählen, der sie nötig hat.* Jeder soll eine Lebensperspektive entwickeln können, die frei ist von Willkür und Existenzängsten.

Die soziale Gerechtigkeit gebietet es allerdings ebenso, Hilfe jenen zu verwehren, die sie ohne Bedarf anzapfen wollen – ob es sich um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Unternehmerinnen und Unternehmer handelt. Denn das *solidarische Bewusstsein* schließt das Wissen ein, dass Ressourcen hart erarbeitet werden müssen und deshalb nicht vergeudet werden dürfen. Es gibt beredte Verteidiger jener, die geschickt genug sind, alle Kassen anzuzapfen. Wenn sich jedoch der Eindruck verbreitet, dass allzu viele Unbedürftige sich ohne Kontrolle bedienen dürfen, macht sich „Verweigerung“ breit. Eine Reaktion besteht dann darin, dass mehr Anstrengung in die Inszenierung passender Arrangements, die den Anspruch auf öffentli-

che Gelder gewähren, investiert wird als in den Versuch, sich selbst zu helfen; und das steigert die ungerechtfertigten Ausgaben. Eine andere Reaktion ist das Ausweichen in die „Schattenwirtschaft“, was man für gerechtfertigt hält, wenn man vermutet, dass abgelieferte Steuern ohnehin nur Betrügern zugute kommen; und das senkt die korrekten Einnahmen. Damit tut sich auch aus diesem Grund eine Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben auf. Deshalb gilt das moralische Prinzip nach beiden Seiten: *Die Hilfsverpflichtung gilt für die Habenden und die Anstrengungsverpflichtung für die Nichthabenden.*

Solidarität und Leistung

Soziale Sicherheit bedeutet: *Man muss sich festhalten können.* Es gibt stabile und verlässliche Eckpfeiler. Aber Sozialpolitik funktioniert nicht als Ruhekitzchen, als Vollkasko-Staat. Sozialtransfers sind immer erst die zweite Lösung; die erste Lösung muss die *Schaffung von Arbeitsplätzen*, nicht die *Verwaltung von Arbeitslosigkeit* sein. Das klassische Bild der Sozialhilfe hat immer auf der Auffassung beruht, dass Lücken, Notfälle, Sondersituationen überbrückt werden müssen, dass aber Individuen, Familien und Gemeinschaften im Allgemeinen fähig sind, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Es gibt ein Bild der Wohlfahrt, das die Einzelnen in die Abhängigkeit drängt. Es wird unterstellt, dass sie nichts zuwege bringen, wenn der Staat nicht ständig eingreift, um zu beraten, zu helfen, zu ermahnen und zu erziehen. Das gilt für die Kindererziehung wie für die Arbeitslosigkeit. Alle brauchen so lange therapeutische Betreuung, bis perfekte Kinder und perfekte Arbeitskräfte zustande kommen. Der „helfende“ Staat ist oft auch ein „bevormundender“ Staat.

Das gilt natürlich nicht für den Kern der sozialpolitischen Absicherung, für Transferzahlungen verschiedenster Art. Weitgehend gelingt die Absicherung der Betroffenen trotz der Krisenzeiten. Arbeitslose hatten in der Wirtschaftskrise 1929 etwa 6 Prozent der realen Kauf-

kraft heutiger Arbeitsloser. Heute haben wir mindestens das vierfache Wohlstandsniveau im Vergleich zu den fünfziger Jahren. Selbst wenn wir von Armut sprechen, handelt es sich nach internationalen Maßstäben im Normalfall in unserem Lande glücklicherweise um Knappheiten auf einem hohen Niveau. Dennoch gibt es leider auch bei uns Menschen, die kaum über die Runden kommen. Ihnen muss selbstverständlich geholfen werden.

Die Mehrheit der Steirerinnen und Steirer ist für eine *leistungsorientierte Gemeinschaft*. Das heißt: *alle sollen zupacken und alle sollen solidarisch sein*. Selbstverantwortung und Mitverantwortung gehören zusammen.

Verantwortung statt Illusion

Wer sich zur Leistungsgesellschaft bekennt, muss Misstrauen haben gegen jene Vorherrschaft von Spiel, Spekulation, Kredit und Illusion, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung aufgebaut hat. Leistung hat mit Moral zu tun. Es ist fatal für eine leistungsorientierte Gesellschaft, wenn sich der Eindruck verbreitet, dass man es mit harter Arbeit ohnehin zu nichts bringen kann, sondern dass man „spielen“ muss, Glück haben muss, Netzwerke haben muss, „tricksen“ muss, wenn man „dabei“ sein will – so wie die Banker mit dem Verkauf schlechter Finanzprodukte, so wie die Ärmeren in den Wettcafés, so wie Jugendliche, die glauben, über sonderbare Wettbewerbe demnächst in die Liga der Stars vorzustoßen. Wenn Geld und Prominenz die einzigen Werte sind, die zählen, wird es sich nicht um eine stabile, zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft handeln.

Aktives Altern

Der steigende Anteil älterer Menschen erfordert *Generationensolidarität*. Wir haben eine gute Situation: Österreichische Pensionis-

tinnen und Pensionisten beziehen durchschnittlich rund 40 bis 45 Prozent mehr Pension als Deutsche oder OECD-Bürgerinnen und -bürger, aber ein Drittel der Pensionen ist in Wahrheit durch Beiträge nicht gedeckt. Die älteren Menschen werden länger leben, der Anteil der Pflegebedürftigen wird steigen und Maßnahmen im Pflegebereich erfordern. Die Gesundheitsausgaben werden auf unabsehbare Weise zunehmen. Es gibt eine *sich öffnende Finanzierungslücke*. Bislang sind alle gewonnenen Lebensjahre in den Ruhestand geflossen. Die aus früheren Jahrhunderten überkommenen Altersbeziehungsweise Pensionsgrenzen sind anachronistische Elemente. Sie fördern *Altersdiskriminierung*. Jeder soll weiter nach einem anstrengenden Erwerbsarbeitsleben in den verdienten Ruhestand gehen können, wir brauchen aber flexible Regelungen, sodass jene, die länger arbeiten möchten, dabei unterstützt werden und davon auch etwas haben.

Auch das ausgezeichnete *Gesundheitssystem* unseres Landes stößt an die Grenzen seiner Machbarkeit. Die Gesamtkosten des Gesundheitssystems liegen bei etwa 8 bis 10 Prozent des österreichischen Sozialprodukts, doch die Lebenserwartung des Einzelnen steigt an und die Gesundheitsaufwendungen wachsen überproportional. Altersbedingte Erkrankungen benötigen langjährige Unterstützung. Die Spitzenmedizin entwickelt sich rasant, mit finanziellen Folgen. Auch die Zahl der Zivilisationskrankheiten, die zu einem großen Teil Ergebnis des eigenen Verhaltens sind, steigt: Burnout, Fettleibigkeit, Haltungsschäden. Das Gesundheitssystem ist nicht als allzeit bereite Reparaturwerkstätte zu verstehen, auch die Menschen selbst haben eine gewisse Verantwortung für ihre Gesundheit. Wer Hilfe benötigt, muss freilich die bestmögliche Unterstützung bekommen. Es gilt daher, die Ressourcen optimal einzusetzen, um die hohe Qualität des Gesundheitssystems auch weiterhin zu erhalten. Es ist jedenfalls kein Konzept, nach einem undifferenzierten Schema 23 von 27 steirischen öffentlichen Spitälern schließen zu wollen.

Schutz vor kriminellen Handeln

Österreich ist – in Bezug auf Bedrohungen der körperlichen Unversehrtheit und des Eigentums – ein sicheres Land, wie es nur wenige auf der Welt gibt. Die Entwicklung der Zahl der strafbaren Handlungen ist nach der Jahrhundertwende etwas angestiegen, nimmt aber nun seit einigen Jahren wieder ab. Die Verurteiltenziffer ist auf dem niedrigsten Niveau seit 1947, seit dem Bestehen der Kriminalstatistik. Rückgänge gibt es bei Mord, fahrlässiger Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Tierquälerei. Zwei Drittel der verurteilten Personen kommen in Zukunft mit der Justiz nicht mehr in Konflikt. Viele Menschen bewegt die innere Sicherheit, sie haben Angst vor Einbrechern, und das ist nicht ganz unberechtigt. Es geht dabei oft nicht nur um die materiellen Auswirkungen, Einbruchsoffer leiden oft auch psychisch unter den Taten. Sie bleiben verunsichert. Im Zuge der technischen Neuerungen steigt das Ausmaß an Kontrolle, und diese ist immer mehr gegen das Recht auf Privatheit abzuwägen. Das gilt für die Videoüberwachung öffentlicher Orte, gegen die der Großteil der Menschen wenig einzuwenden hat, es gilt aber auch für die Überwachung von Telefonen und Internetaktivitäten sowie für andere elektronische „Spuren“.

Trotz vergleichsweise hoher Sicherheit gibt es neue Phänomene, deren Bekämpfung notwendig ist. Es ist keine pauschale Ausländerfeindlichkeit, wenn festgestellt wird, dass es vereinzelte und organisierte kriminelle Akte gibt, für die vor allem Ausländer verantwortlich sind. Bei den meisten der in Österreich tätigen *Banden* handelt es sich um ausländische Gruppierungen. Im Suchtmittelbereich gilt Österreich in erster Linie als wichtige Schmuggelroute in andere europäische Länder. Seit einigen Jahren ist ein deutlicher Anstieg der organisierten Kriminalität im Internet festzustellen. Die Manipulation von Bankomatkassen nimmt zu. Der Menschenhandel in Österreich (vor allem zum Zwecke der Prostitution) wird weiterhin von

international agierenden kriminellen Organisationen dominiert. Sehr professionell werden Delikte im Bereich der Falschgeldkriminalität durchgeführt. Der Vorteil in Europa ist eine gute Zusammenarbeit der Polizeiapparate der EU-Staaten, denn organisierte Kriminalität macht vor den Grenzen nicht halt. Aber die internationalen Fahndungsmethoden sind erfolgreich.

Welt der Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Welt – das bedeutet *ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit*. Dabei soll nicht eine Nachhaltigkeit gegen die andere ausgespielt werden. Ein echter Zusammenbruch in einer der drei Dimensionen würde auch die anderen Dimensionen betreffen. Halbierung des Konsums würde beispielsweise die Umwelt entlasten, aber den Absturz in die Massenarbeitslosigkeit bedeuten. Deshalb ist das Konzept der Nachhaltigkeit „auszubalancieren“. Aber Balance ist keine Verharmlosung oder Verwässerung, im Gegenteil: Allein die zukünftigen Energiepreissteigerungen werden erzwingen, dass im Verlauf weniger Jahrzehnte nichts Geringeres als ein Umbau der Gesellschaft in vielen ihrer Bereiche vorzunehmen sein wird. Davon wird auch die Steiermark nicht unberührt bleiben.

Nachhaltigkeit ist neuerdings zu einem modischen Begriff geworden, und jeder schmückt sich mit diesem Etikett. Aber grundsätzlich geht es um eine moralische Haltung und um eine vernünftige Rechnung. Zur *moralischen Haltung* gehört, dass man der nächsten Generation eine Welt hinterlässt, in der es sich nicht schlechter leben lässt als in der unseren; dass man einen Betrieb, eine Produktion, eine Landwirtschaft, eine Umwelt, ein Habitat nicht ausplündert; dass man den Kindern eine Erbschaft hinterlässt, nicht auch noch ihre zukünftigen Ressourcen aufbraucht. Zur *vernünftigen Rechnung* gehört, dass man seine Wohlstandsgewinne realistisch kalkuliert und berücksichtigt, dass die Kosten einer bestimmten Wirtschaftsweise

im Laufe der Zeit so dramatisch ansteigen, dass kaum noch echte Erträge zu erwirtschaften sind, allenfalls sogar Nettokosten anfallen.

Leben in der Verschuldung

Dass die Wirtschaftskrise die europäischen Länder in eine große Verschuldung gestürzt hat, ist nur die halbe Wahrheit; die andere Hälfte der Wahrheit ist, dass in den letzten Jahrzehnten in vielen europäischen Ländern eine leichte Hand beim Umgang mit den Budgets geherrscht hat. Auch in den „fetten Jahren“ der Hochkonjunktur wurden Schulden angehäuft.

Ein sinnvoller Sanierungskurs kann nur ein mittlerer Kurs sein: keine drastische Reduktion der Ausgaben, weil dies den Wirtschaftsaufschwung beeinträchtigen könnte, aber dennoch entschlossene Schritte zur Sanierung des Budgets, weil die Defizite (und die steigenden Zinszahlungen) erst recht die zukünftige Entwicklung behindern. Ein Ende der *finanzpolitischen Verdrängungsgesellschaft* ist angesagt, und in manchen europäischen Ländern ist es schon so weit. Es wird ohnehin Jahrzehnte brauchen, um wieder in eine solide wirtschaftliche Balance zu kommen. Länder wie Österreich, die ohnehin ihren Bürgerinnen und Bürgern die Hälfte ihrer Erträge durch Steuern und Abgaben abnehmen, sind zu höchster Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz verpflichtet.

Verwaltungsreform, Gesundheitsreform, ÖBB-Reform, Vermögenssteuern: das können alles Beiträge sein, aber ihr Umfang ist begrenzt, die Größenordnung darf nicht überschätzt werden. Für die Budgetsanierung wird aller Voraussicht nach an vielen Knöpfen gedreht werden müssen. An erster Stelle müssen deutliche ausgaben-seitige Maßnahmen stehen. Wenn man sich über solche Tatsachen hinwegschwindelt und an einem Kurs der Verschuldung festhält, trifft es am Ende alle Menschen viel härter. Dann ist Griechenland

überall. Schließlich hat auch die Wirtschaftskrise in den USA zwei Jahrzehnte an privater Vermögensbildung vernichtet, keineswegs nur bei den Reichen, sondern zu einem guten Teil bei jenen, die für die Schulbildung ihrer Kinder oder für die eigene Pension angespart haben.

Nachhaltigkeit in der Finanzgebarung und Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik haben ein Prinzip gemeinsam: *Es ist gefährlich, von Erträgen zu leben, die man noch gar nicht erarbeitet hat.* Alle Probleme mit geborgtem Geld zuschütten – das wird in Zukunft nicht gehen.

Leben von der Substanz

Seit Jahrzehnten wissen wir es, in jüngster Zeit beginnen wir es zu spüren. Bei allen Unsicherheiten der Klimaforschung: Die fortgesetzte Zerstörung der Natur führt offenbar dazu, dass die außergewöhnlichen Wetterlagen – die Ausschläge zur Kälte und zur Hitze – extremer werden. Wir werden die Küstenlinien neu zeichnen müssen, wenn der Meeresspiegel steigt. Und die Konsequenzen der Schädigung der Atmosphäre erahnen wir noch kaum. Die reichen Länder sind seit langem dabei, jene „Substanz“ aufzubrauchen, von der sie leben. Große Verbraucher kommen dazu: Wenn das rasante Wachstum der asiatischen Länder – mit realen Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent – einige Zeit anhält, wachsen die Emittenten und Ressourcenverbraucher um hunderte Millionen Personen, und mit den Gemeingütern der Welt geht es rasch zu Ende. In der Vergangenheit konnte sich der Mensch darauf verlassen, dass ihn natürliche Rückkoppelungsmechanismen vor großen Dummheiten bewahren, aber das ist heute nicht mehr der Fall.

Es ist eine kurze Zeitperiode gewesen, in der sich ein ungeheures Wohlstandspotenzial angesammelt hat, ein gutes halbes Jahrhundert. Aus diesem Potenzial konnte nicht zuletzt deshalb geschöpft

werden, weil man drei Kassen zur Verfügung hatte. Erstens war es die eigene Kassa, also das, was durch eigene Leistung erarbeitet werden konnte. Zweitens waren es aber auch die Ressourcen der Vergangenheit, die man sich in wenigen Jahrzehnten angeeignet hat und die in Bälde nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Drittens hat man in die Zukunfts-Kassa gegriffen, in die Kasse der Kinder, durch eine langwährende Verschuldung, und auch dort stößt man an Grenzen. Die Menschen haben sich rasch an diesen unhaltbaren Zustand angepasst: Die Älteren wissen, dass es diesen Wohlstand nicht immer gegeben hat, aber die jüngere Generation kann sich ein Leben unterhalb des erreichten Niveaus gar nicht mehr vorstellen. Vielfach herrscht eine sonderbare Mischung von Stimmungslage vor: einerseits der *Pessimismus einer Nach-mir-die-Sintflut-Haltung*, andererseits der *Optimismus einer Techno-Heilserwartung*, derzufolge der Menschheit schon rechtzeitig irgendetwas einfallen werde, um jede Art von Krise oder Einbuße zu verhindern.

Lebensstil und Umweltpolitik

Die Umwelt- und Ressourcenfrage ist ebenso eine des *alltäglichen Lebensstils* wie auch eine der *mutigen Umweltpolitik*. Das Ozonloch ist keine Sache der reichen oder armen Länder, es unterscheidet nicht zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen, diese Art von Selbstbeschädigung ist „demokratisch“. Aber es gibt auch eine unterschiedliche „Verwundbarkeit“ von Menschen, Gruppen und Staaten gegenüber Umweltbeeinträchtigungen, und die Ärmeren (sowohl Länder wie Menschen) haben die schlechteren Karten.

Energieverbrauch und Umwelterstörung sind auch *Verhaltensprobleme*. Wie in anderen Lebensbereichen lügt man sich selbst an, wenn man alle Probleme nur durch technische Lösungen beseitigen will. Ohne die Verantwortung der Politik zu schmälern, heißt dies, dass es keine befriedigenden Lösungen geben wird, wenn nicht

auch die einzelnen Menschen ihren Beitrag leisten. Es ist möglich, den Energieverbrauch ohne Komfortverlust deutlich zu senken. Die Umweltpolitik in den Industrieländern hat bei *wahrnehmbaren, lokalen Problemen* einiges geleistet: Die Schaumkronen sind von den Flüssen, die Algen aus den Seen und die dunklen Wolken sind von den Schornsteinen verschwunden. Aber diese lokalen Initiativen fügen sich nicht in eine Gesamtordnung, wie sie in verschiedenen Anläufen auf *nationaler und globaler Ebene* versucht wurde, im Allgemeinen ohne Erfolg, von Kyoto bis Kopenhagen. Die Sensibilität für diese Probleme, die im Grunde seit mehr als 30 Jahren bekannt sind, ist allerdings in den letzten Jahren gestiegen.

Das Machbare tun

Die globale Umwelt driftet der Krise entgegen. Es ist eine Situation, in der man – im Bereich der Energie-, Ressourcen-, Verkehrs- und Nahrungspolitik – zumindest jene Maßnahmen setzen soll, die man setzen kann. Das Ziel muss es sein, einer *nachhaltigen Wirtschaft* näher zu kommen: einer *kohlenstoffarmen, klimaverträglichen, sozial gerechten und nachhaltigen Wirtschaftsweise*. Es ist sinnvoll, dabei nach Möglichkeit der Innovationskraft der Märkte zu vertrauen. Denn ökologische Rücksichtnahme und wirtschaftliche Dynamik bedingen einander. Aber gerade in Umweltfragen brauchen Märkte auch ein festes Rahmenwerk, um ihre Dynamik in die richtige Richtung zu entfalten.

Unter eine nachhaltige Umwelt- und Ressourcenpolitik fällt vieles: Energie, Biomasse, thermische Sanierung, Photovoltaik, Luftreinhaltung, Bodenschutz, Lärm, Wasser, Abfall, Solarwärme. Man kann bessere Häuser bauen, bessere Autos, bessere Geräte, bessere Heizungen und Kühlungen – Gegenstände, die angesichts der erwartbaren Entwicklung über ihren Lebenslauf hinaus rentabler sein werden als die gegenwärtigen Objekte. Noch können Österreich und die

Steiermark in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit eine gute Position verteidigen. Wer diese Notwendigkeiten erkennt, wird zukunftsfähig sein. Nicht jede Wucherung ist gutes Wachstum.

Welt der Gemeinschaft

„Einbettung“ bedeutet: sich wohl fühlen, in einem vertrauten Kreise leben, sich auf die anderen verlassen, von anderen anerkannt werden, sich sicher fühlen. Kriminalität, Sucht, Depression, Selbstmord, Gewaltausübung – solche Phänomene resultieren sehr häufig aus mangelnder „Einbettung“. *Gemeinschaft* aufrechterhalten – das ist unter spätmodernen Verhältnissen nicht einfach. Es bedeutet: Familien und Nachbarschaften pflegen, Kinder und ältere Menschen einbeziehen, Armut und Exklusion verhindern, Inländerinnen und Inländer, Ausländerinnen und Ausländer wertschätzen.

Dörfer leben. Man sieht es, wenn man durch die Landschaft fährt. Das ist ein wesentliches Anliegen: *das Leben im Dorf lassen.* An manchen Orten ist es schwer, eine lebendige Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, wenn etwa Polizei und Post abwandern, wenn Schulen zusammengelegt werden müssen. Dann wirkt sich auch die Sogwirkung der Agglomerationen, der großen Städte und ihres Umlandes, aus, und es entstehen ländliche Abwanderungsgebiete. Aber viele Leute wissen, was sie an ihrer Gemeinde haben. Vielfach braucht es auch den Rückhalt einer *landwirtschaftlichen Produktion*, um der Abwanderung entgegenzuwirken; und diese braucht wieder eine kluge Nutzung neuer Marktchancen, von der Bio-Landwirtschaft bis zur neuen Energieproduktion. *Gesunde Nahrungsmittel, bei deren Produktion Umwelt und Natur nicht beeinträchtigt werden und die aus der artgerechten Behandlung von Tieren hervorgehen, sind ein beträchtlicher Wohlstandsgewinn.* Es ist kein Fehler, wenn die Braten auf den Tellern ein wenig kleiner werden, dafür aber wesentlich besser sind.

Gemeinschaft braucht Rahmenbedingungen. Vor allem braucht sie Zeit, und die *Verknappung der Zeit*, die Unentrinnbarkeit der zeitlichen Verknüpfungen, ist wohl eines der Probleme der Gegenwartsgesellschaft: Beschleunigungsökonomie, Wegwerfökonomie, Kreditökonomie. Es gehört zur Logik der Wirtschaftskrise und der Staatsverschuldung, dass man auf eine zukünftige Wertschöpfung setzt, die schon jetzt verbraucht und spekuliert wird; aber es wird durch die Zwänge, diese Vorgriffe wieder hereinzubringen oder einzuholen, auch eine Logik des Alltagslebens geschaffen, die alle Zeitressourcen in sich hineinsaugt. Burnout, Stress, Depressionen – das sind auf individueller Ebene jene „Wertberichtigungen“, die auf kollektiver Ebene durch die Wirtschaftskrise bewerkstelligt worden sind. Man kann nicht alles haben. Gemeinschaft kann nur leben, wenn man Zeit für sie übrig hat. *Auch in Gemeinschaft muss man investieren.*

Eine bunte Gesellschaft

Gemeinschaft muss nicht Einheitlichkeit oder Geschlossenheit bedeuten. Europa wird sich in den nächsten Jahrzehnten durch Zuwanderung zu einer „*bunten*“ *Gesellschaft* entwickeln. Das kann für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Die Einwohnerzahl Österreichs hat von 1961 bis 2007 durch Einwanderung um etwa 785.000 Personen zugenommen. Der Ausländeranteil ist in den frühen 1970er und 1990er Jahren stark angestiegen. Die Zahl der Einbürgerungen ist in den letzten Jahren stark rückläufig. 40 Prozent der Personen ausländischer Herkunft kommen aus EU-Staaten, und sie haben das Recht, sich im gesamten europäischen Raum niederzulassen.

Einwanderung stabilisiert die Bevölkerung. Migration wird für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ausschlaggebend sein, denn ohne sie würde die Bevölkerung deutlich abnehmen. Man kann das einfach berechnen: Bei einer Geburtenrate von 1,3 oder 1,4 ist nach

vier Generationen noch rund ein Viertel der jeweiligen Alterskohorte übrig. Eine angemessene Einwanderung sichert unser Sozialsystem, sie verschafft dem Land notwendige Arbeitskräfte, sie macht die Steiermark zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. *In absehbarer Zeit werden zwei Österreicher im Ruhestand zumindest einen Zuwanderer brauchen, der ihre Pension bezahlt.*

Auch ein Land wie die Steiermark benötigt *qualifizierte Zuwanderung*. Dieses Erfordernis ist allen europäischen Regionen bewusst, und auch die Steirerinnen und Steirer können davon profitieren. Erhebliche Mittel werden jedoch in Europa auch dafür aufgebracht werden müssen, die *illegale Zuwanderung zu bekämpfen*. Durch die globalen Massenmedien werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen auf der ganzen Welt sichtbar, und das setzt Menschen aus den ärmsten Regionen in Bewegung. Freilich ist die Mischung unterschiedlicher Kulturkreise auch eine Frage der Dosierung, und deshalb ist es richtig, auf die Tragfähigkeit unseres Landes für fremdkulturelle Einflüsse zu achten. Aber *die Steiermark ist eine Gesellschaft, die sich immer schon durch Offenheit, Selbstbewusstsein und internationales Denken ausgezeichnet hat.*

Erfolgreiche Integration

Die Lebensbedingungen für alle Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits im Lande leben und mit uns leben und arbeiten wollen, sind so zu gestalten, wie wir uns das für die eigenen Lebensbedingungen wünschen. *Migration ohne Integration* kann nicht funktionieren, das führt nur zu Konflikten. *Integration* aber heißt: die Einwanderer zu Österreicherinnen und Österreicher machen. Natürlich betrifft das nicht ihren Lebensstil, ihre Essensvorlieben, ihre Kleidung, ihre religiösen Kernauffassungen; da freuen wir uns über „Buntheit“. Aber die Europäerinnen und Europäer haben ihre *unverzichtbaren Wertauffassungen*, etwa über Menschenrechte, und die-

se sind zu achten und zu verteidigen. Integration liegt vor, wenn *diese Grundauffassungen von allen geschätzt und von allen verteidigt werden*. Darüber hinaus ist es ein Erlebnis, an der kulturellen Vielfalt der Welt teilzuhaben. Da es sich in Europa um ein großes Territorium handelt, bei dem alle inneren Grenzen offen stehen, sind weitere Schritte zur Abstimmung der europäischen Asylpolitik notwendig.

Soziale Teilhabe für Immigrantinnen und Immigranten ist nur möglich, wenn Kenntnisse über unser Land vorhanden sind. Zu den Integrationsmaßnahmen zählt insbesondere die Förderung der *Sprachfähigkeit* von Einwanderinnen und Einwanderern und besonders von ihren Kindern. Die Rechte der Migrantinnen und Migranten, insbesondere auch zur Ausübung der *Religionsfreiheit*, sind selbstverständlich zu achten – wollten wir dies nicht tun, wäre es eine Abkehr von unseren eigenen europäischen Werten.

Wertegemeinschaft Europa

Auch wenn die Begeisterung für die *Europäische Union* in vielen Ländern im Laufe der Zeit geringer geworden ist, steht außer Zweifel, dass die EU nicht nur ein historisch großartiges Projekt darstellt, sondern auch für alle Partner einen handfesten Nutzen stiftet. Europäisierung ist ein Element der Globalisierung, und zwar ein besonders ehrgeiziges Element. Es ist nicht zu vergessen, dass noch vor kurzem, in den frühen 1990er Jahren, direkt an der steirischen Südgrenze geschossen wurde – und jetzt rollt man mit dem Auto über eine offene Grenze.

Europa ist eine *Wertegemeinschaft*, trotz seiner Vielfalt. Das ist kein Eurozentrismus, sondern eine historisch gut begründete Feststellung. Die moderne Welt schlechthin ist aus europäischen Wurzeln entstanden. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechts-

staatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. So steht es im Vertrag von Lissabon, und diese Werte gilt es zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Unter den Bedingungen einer globalisierten Welt ist es auch für eine Region wie die Steiermark nicht anders möglich, diese Ziele zu verfolgen, als dies gemeinsam mit anderen europäischen Völkern zu tun.

Der europäische Traum

In der großen Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West, im Kalten Krieg, war es allerdings nicht das Wertesystem, welches aufgrund seiner Überzeugungskraft gesiegt hat, sondern die materielle Überlegenheit des Westens. Der Westen war effizient, dynamisch und innovativ, gerade weil er das *freie Handeln und Denken der Individuen* betont hat. Aber Europa unterschätzt sich manchmal selbst. Europa muss erst noch einen gemeinsamen „europäischen Traum“ entwickeln, zu dessen Kern die erwähnten Werte gehören; vergleichbar dem „American Dream“. Es gibt noch keinen gemeinsamen Glauben an die Attraktivität und Überlegenheit einer Europäischen Union, und ohne diese emotionelle Grundlage schlagen im Einzelfall immer wieder nationale Interessen, Ausreden, Heucheleien oder Trittbrettfahrer-Haltungen durch. Die Europäische Union bringt noch kein *Wir-Gefühl* für die Europäerinnen und Europäer hervor.

Europäische Institutionen

Die EU ist ausbaufähig. Wie sich im Jahr 2010 gezeigt hat, ist sie in Krisensituationen auch *durchschlagskräftig*. Die Schuldenkrise Griechenlands und die prekäre ökonomische Situation anderer europäi-

scher Staaten waren ein Test für die Stabilität der Euro-Zone und für die Krisensolidarität der anderen Länder. Kritische Momente wurden gut bewältigt. Durch die Krise steht Europa an einem Scheideweg: Wenn es in weiterer Folge scheitert, waren die Bemühungen der letzten zwanzig Jahre vergebens. Wenn es zusammenhält, wird es zu einem handlungsfähigen und stabilen Kontinent, der für seine Einwohnerinnen und Einwohner Verlässlichkeit, Kontinuität und Frieden schaffen kann.

In krisenhaften Momenten zeigt sich, dass das Problem nicht bei einem Übermaß an Europa, sondern bei einem Mangel an Europa liegt. Die Euro-Krise hat gezeigt, dass *weitere Schritte zu einer europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik* getan werden müssen. Das Statistische Amt der EU muss mehr Kompetenzen bekommen. Wenn es sich um ein einheitliches Wirtschafts- und Währungsgebiet handelt, müssen verschiedene Bereiche des Wirtschaftslebens koordiniert werden, von der Steuerpolitik bis zur Lohnpolitik. Auch der Trend zu einer europäischen Sozialpolitik (mit sozial- und arbeitsrechtlichen Mindeststandards) wird verstärkt werden. Wenn Mitgliedsländer sich nicht an die Spielregeln halten, sind Sanktionen erforderlich, die nicht im Einzelfall außer Kraft gesetzt werden dürfen. Auch bei der Aufnahme neuer Länder wird man die Erfahrungen mit jenen Ländern, die zur Destabilisierung beitragen, berücksichtigen müssen.

Europa ist aber „work in progress“. Was *Europa* sein soll, das ist nach wie vor im Fluss. Man darf auch manches kritisieren, um den richtigen Kurs zu bekräftigen. Die Kommission in Brüssel muss beispielsweise vermeiden, eine Ansammlung von Lobbys zu werden, die allesamt ihre eigenen Interessen vertreten und durchsetzen können, ohne eine gesamtgesellschaftliche Übereinstimmung durchsetzen zu müssen. Das Europäische Parlament gerät, angesichts des freien Spiels der Kräfte, in Gefahr, Zufallsergebnisse hervorzubringen. Die zentralen europäischen Institutionen entwickeln zuweilen eine Tech-

nokratensprache, die bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr ankommt und unnötige Distanz zu den Mitgliedsvölkern schafft. Es gibt eine administrative Eigendynamik, die (in guter Absicht) zu einem Übermaß von immer neuen Regelungen führt.

Den europäischen Instanzen muss man auf die Finger sehen, aber auch die eigenen Finger bleiben im Umgang mit Europa nicht immer sauber. Die politische Kultur, die im Umgang mit Europa sichtbar wird, ist auch im eigenen Land „entwicklungsfähig“. Es reicht nicht, sich auf Gerüchte und Vorurteile zu beschränken und die EU nur als Sündenbock für nationale Versäumnisse oder unpopuläre Maßnahmen zu verwenden.

Welt des Wissens

Wir leben in der „zweiten Moderne“, in einer Wissensgesellschaft. In der frühen Industriegesellschaft waren Rohstoffe und Territorien wichtig, in der reifen Industriegesellschaft waren es Arbeit und Kapital, in der Wissensgesellschaft sind es Köpfe, Ideen und Innovationen.

Das haben heutzutage alle erkannt. Aber man mag es drehen und wenden, wie man will: Ein mittelmäßiges Land kann nicht den höchsten Lebensstandard haben. Wenn Österreich unter den reichsten und attraktivsten Ländern der Welt einen der vordersten Plätze einnimmt, dann ist die Mindestschwelle, der wir genügen müssen, durch *Erstklassigkeit und Exzellenz* definiert. Mit Drittklassigkeit können wir unsere Einkommen nicht aufrechterhalten. Mit Besitzstandswahrung verspielen wir den Besitzstand. Das gilt für alle Etagen des Bildungs- und Beschäftigungssystems. Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Forschung und Entwicklung sind die wesentlichen Ressourcen für das nächste Jahrhundert. Die Steiermark ist dabei gut platziert – und sie kann noch besser wer-

den. Das geschieht nicht durch Beschwörungen und Werbeprospekte, da muss man zupacken.

Wissen schafft Arbeit

Je höher die Bildungsabschlüsse sind, desto besser sind die Arbeitsplatzchancen. Unqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Es ist ein Wechselverhältnis: Qualifikation zieht qualifizierte Jobs an. Exzellenz kommt zu Exzellenz.

Bei offenen Grenzen und einer entsprechenden Verlagerung der einfachen Produktionen gibt es ein Überangebot an unqualifizierten Arbeitskräften, und ihre Zahl wird durch Zuwanderinnen und Zuwanderer vergrößert. Sie haben es schwer, die Köpfe über Wasser zu halten. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nachgefragt, sie haben gute Chancen. Wir müssen deshalb möglichst viele Personen qualifizieren. Das ist für eine entwickelte Gesellschaft wichtig, und es verschafft den Betroffenen persönlich bessere Chancen. Ein unternehmerischer Geist, bei Unternehmern wie bei bei Arbeitnehmern, hat unser Land seit jeher entwickelt.

Die Vielfalt der Intelligenzen

Veränderte Lebensverläufe verlangen Kompetenzen jeder Art. In einer *Gesellschaft der Kompetenzen* müssen diese ausgeschöpft werden, deshalb muss das Bildungssystem die *individuellen Begabungen* der einzelnen frühzeitig erkennen und fördern. In einer fortgeschrittenen Gesellschaft darf auf dem Bildungsweg niemand verloren gehen. Das gilt für alle Etagen des Bildungssystems: im Kindergarten, der allen die Chance bieten muss, in die Spielregeln der Gesellschaft eingeführt zu werden und unsere Sprache ausreichend zu erlernen; in der Volksschule, die wieder darauf achten

muss, Grundqualifikationen in ausreichender Form zu vermitteln; in der Lehre, deren Attraktivität zu steigern ist, wenn das gute duale Berufssystem aufrechterhalten werden soll; in der Sekundarstufe I, bei der soziale Selektionsmechanismen verhindert werden sollen; und in der Sekundarstufe II, die vielfältiger gestaltet werden könnte. Es ist nicht als selbstverständlich anzunehmen, dass der klassische Fächerkanon auch noch für unsere Zeit angemessen ist und dass die Unterrichtsmethoden überall auf der Höhe der Zeit sind. Aber alle Bildungsetagen müssen ihren „Klienten“ (Kindern, Jugendlichen, Studierenden) Herausforderungen bieten, und sie müssen jene intellektuelle Sorgfalt und Verhaltensdisziplin aneignen, ohne die Europa den Wettbewerb verlieren wird.

Im Detail ist manches zu tun. Ob die laufenden Schulreformen (Zentralmatura, Bildungsstandards etc.) erfolgreich sind, wird sich weisen. Die Schulverwaltung harrt noch ihrer Reformierung. Das Universitätsgesetz 2002 ist ein richtungsweisendes Gesetzeswerk, aber seine Bestimmungen sind noch nicht überall angekommen; und es bedarf eines Updating. Hochentwickelte Länder können es sich nicht leisten, ihren akademischen Bereich jahrelang in Unsicherheit dahindriften zu lassen. Die österreichischen Universitäten sind unterfinanziert, Schritte zu international üblichen Studiengebühren und Zugangsregelungen sind bislang nur im Diskussionsstadium. Die Fachhochschulen sind weiter auszubauen, die Pädagogischen Universitäten zu entwickeln, eine Neugestaltung der Professionalisierung des Lehrpersonals ist fällig, berufsbegleitende Fortbildung ist auszubauen, und manches andere steht an.

Allzu rasch pflegt sich die Bildungsdiskussion in institutionellen Details zu verheddern, allzu rasch landet man beim Postulat der Wertbarkeit von Zertifikaten für Arbeit und Produktion. Reiche Länder sollten allerdings auch eine Erinnerung daran bewahren, was zu Zeiten wesentlich beschränkterer Ressourcen noch stärker im

Bewusstsein war: dass Bildung auch für das Menschsein, für die Bildung von Identität und Charakter, für die Entfaltung von staatsbürgerlichem Ethos und die Gewinnung eines breiten geistigen Horizonts von Bedeutung ist.

Die Kultur des Ermöglichens

Wir leben nicht nur vom Brot allein. Heimatbewusstsein und Weltoffenheit, Klassik und Moderne, die großen Leistungen der Vergangenheit und die ungestümen Vorstöße auf neues Terrain, Vertrautheit und Experiment, Tabu und Tabuverstoß, Systematik und Regeldurchbrechung, Design und Funktion, Substanz und Dekoration, Linie und Schnörkel, Symphonie und Pop, Spaß und Besinnung, Sehen und Denken – dies und vieles andere sind *Dimensionen des Kulturellen*, aus denen letztlich die Bestimmungsgründe unseres Lebens erwachsen. Es muss eine *Kultur des Ermöglichens* geben, einen Freiraum, in dem sich Kunst und Kultur entwickeln können. Und *Volkskultur* in allen Teilen des Landes ist kein Aufputz für den Tourismus, sondern gelebtes Kulturgut.

Eine offene Gesellschaft

Eine offene Lebenswelt mit guter Erreichbarkeit, kulturellem Angebot, internationalen Schulen, Kindergärten (Mehrsprachigkeit) und Freizeitmöglichkeiten schafft eine attraktive Umgebung. Neuerdings entdeckt man auch das (wirtschaftliche) Zukunftspotenzial eines kulturgeprägten Ambientes. Vielfalt und Offenheit sind Voraussetzungen für die Entwicklung und Entfaltung von Kreativität. In diesem System müssen sich *alle Formen der Kreativität*, technologische, ökonomische und kulturelle, entwickeln können. Deshalb ist es nicht nur luxuriös und nicht nur angenehm, Rahmenbedingungen für ein entsprechendes Umfeld, das Urbanität und – auch – internationales Flair beinhaltet, zu schaffen; das hat

auch wirtschaftlichen Wert. Die Krise könnte sogar als *Innovationsbeschleuniger* wirken.

Kultur liegt nicht nur dort vor, wo man an die Vergangenheit denkt. Kultur ist nicht nur Freilichtmuseum, nicht nur Alpendisneyland, nicht nur Symphonieorchester. Umsetzung von *Kreativität* heißt: interessante (materielle und immaterielle) Objekte in eine neue Welt hineinwerfen. Da weiß man nicht immer, was dabei herauskommt, und manches geht schief. Aber wenn die *Neugier* versiegt, wird die Gesellschaft langweilig.

Mehr Zukunft

Wir müssen den *langfristigen Blick und den breiten Horizont wiedergewinnen*: Wenn wir aus den gegenwärtigen Problemen nichts lernen, dann sind wir selber schuld. Dann ist uns nicht zu helfen. Jetzt geht es nicht darum, durch die Krise einfach durchzutauchen, sich in die Tasche zu lügen und Schuldige zu suchen. Wir müssen eine neue Grundlage schaffen für einen dauerhaften Wohlstand. Die Wahrheit ist den Steirerinnen und Steirern zumutbar.

Wir haben einige verlorene Jahre hinter uns. Das müssen wir uns eingestehen. Die Steiermark ist in Gefahr, *provinziell* zu werden. Das heißt nicht: heimatbewusst. Sondern es heißt: borniert, kurzsichtig, einfallslos.

Wir brauchen eine weitsichtige, verlässliche und einfallsreiche Politik. Die Zeit des Pfuschens, in der einmal das und einmal jenes aus dem Hut gezaubert wird, muss vorbei sein. Demokratie heißt nicht: jedem Publikum nach dem Munde reden. Glaubwürdigkeit heißt: in die Zukunft denken. Niemand kann seriös behaupten, in diesen turbulenten Zeiten alles zu wissen oder vorhersagen zu können. Aber wir haben eine Vorstellung davon, wo die Reise hingehen soll.

Wir haben Werte, die uns den Weg weisen. Sie stehen für Langfristigkeit, Standfestigkeit, Glaubwürdigkeit. Das wird nicht unmodern. Wir brauchen *machbare Ideale*, und wir brauchen eine *Politik mit Realismus und Augenmaß*. Eine Gesellschaft, die wertorientiertes Verhalten nicht mehr einfordert, gibt sich selbst auf.

Wir bekennen uns zum politischen Handeln. Politik muss ein *lernendes System* sein, und manchmal muss sie schnell lernen. In Schönwetterzeiten mag man manches verschleppen können, ohne dass gravierende Schäden eintreten, in Krisenzeiten muss man rasch handeln. *Politik muss verlässlich statt beliebig sein. Politik muss entschlossen sein, sie darf nicht nur auf Inszenierung zielen. Politik muss dauerhaft sein, nicht aktionistisch.*

Dies ist unser Land, unsere Heimat. Wir wollen und werden die Steiermark in die Zukunft führen, bei allen Schwierigkeiten. Wir werden sie wieder vorwärts bringen. Wir brauchen neue Spielregeln für die große Welt und ihre Wirtschaft. Wir brauchen eine neue Politik, die das große Europa mit der kleinen Gemeinde zusammenführt. *Das soll auch in Zukunft ein gutes Zuhause sein* – durch gemeinsames, verlässliches, entschlossenes Handeln.

**STEIRISCHE
VOLKSPARTEI**



**WEGE
FÜR DIE STEIERMARK**



**WEGE ZUR
ARBEIT**

UNSERE STANDPUNKTE

DAS WICHTIGSTE IST ARBEIT. Wir wollen dafür sorgen, dass in der Steiermark wieder mehr Arbeitsplätze entstehen können. Und dass bestehende Arbeitsplätze sicher sind. Über 33.000 Steirerinnen und Steirer sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Insgesamt sind über 45.000 Menschen von der Krise betroffen – sie sind arbeitslos, in Schulung oder sie verrichten Kurzarbeit. Der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, beschäftigt viele Menschen im Land. Denn sie wissen, was andere zu überspielen versuchen: Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Ein guter Arbeitsplatz ist nicht nur wichtig für Existenzsicherung und persönliche Unabhängigkeit, sondern auch für Sinnfindung und Lebenszufriedenheit. Anderen reicht es, Arbeitslosigkeit zu verwalten. Für uns sind neue, gute und sichere Arbeitsplätze für die Steiermark unser wichtigstes Ziel.

BETRIEBE ANSIEDELN STATT VERTREIBEN. Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen werden unser Land noch weiter belasten, wenn nicht die richtigen Wege zu Wachstum und Beschäftigung gegangen werden. Entscheidend ist, dass die innovativsten, wachstumsstärksten Unternehmen bei uns daheim sind und hier Arbeitsplätze sichern und schaffen. Die Pläne der SPÖ, Betriebe im Land u.a. steuerlich stärker zu belasten, sind der falsche Weg. Sie würden dazu führen, dass sich

neue Betriebe nicht bei uns ansiedeln und dass sich bestehende Unternehmen andere Standorte suchen. Wer Ja zu Arbeitsplätzen sagt, muss auch Ja zu attraktiven Rahmenbedingungen für Unternehmen und raschen Standortverfahren sagen. Wir reden nicht nur über Wachstum. Wir arbeiten daran. Mit unserer Wachstumsstrategie wollen wir wieder jenes Wirtschaftswachstum – von mindestens 2 Prozent – möglich machen, das Beschäftigung nachhaltig stärkt.

STÄRKEN WIEDER RICHTIG AUSSPIELEN. Die Steiermark verfügt über ausgezeichnete Voraussetzungen für neues Wachstum: Bei uns gibt es Ideen, Initiativen und Innovation. In den zukunftsentscheidenden Branchen (Automotive/ Mobilität, Kreativwirtschaft, Energie- und Umwelttechnik, Engineering/ und Anlagenbau, Holz/ Papier/ Holzbau, Humantechnologie, Lebensmitteltechnologie, Metall und Metallverarbeitung, Nano- und Mikrotechnologie, Simulation, Telekommunikation/ Informationstechnologien/ Elektronik, Werkstoffe) haben wir eine starke Basis. Unsere Stärke sind eine starke, technologieorientierte Industrie, exportorientierte, international vernetzte Betriebe, die sich bei uns auf eine gute Innovationsbasis und gut ausgebildete Fachkräfte stützen können. Diese Stärken müssen jetzt gezielt ausgebaut werden. Die Steiermark soll in den nächsten Jahren in Sachen Wirtschaftswachstum wieder Spitze werden.

UNSERE WEGE

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN. Für neue Wirtschaftskraft braucht es in der Steiermark ein leistungsfreundliches Klima. Leistung muss sich in jeder Hinsicht lohnen. Arbeitnehmer und Unternehmer, die Leistung erbringen, dürfen dafür nicht durch zu hohe Steuern bestraft werden. In der Steiermark müssen wieder die richtigen Anreize für mehr Leistung gesetzt werden. Mit Sozialleistungen soll man nicht mehr Einkommen haben können als mit guter Arbeit. Deshalb soll die Mindestsicherung nicht 14mal, sondern 12mal ausbezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur Verteilungsgerechtigkeit, sondern Leistungsgerechtigkeit im Mittelpunkt steht. Damit steirische Leistung wieder Vorrang hat.

IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN. Die öffentliche Hand kann keine Arbeitsplätze verordnen. Aber die Voraussetzungen dafür verbessern, dass Betriebe Arbeit schaffen können. Investitionen der öffentlichen Hand sollen in der Steiermark stärker in Forschung und Entwicklung, Ausbildung, Infrastruktur fließen. Statt Strukturen von gestern zu subventionieren, muss in Wirtschafts- und Arbeitsplatzerfolge von morgen investiert werden. Die Mittel aus den staatlichen Konjunkturprogrammen müssen entsprechend eingesetzt werden. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Dank der erfolgreichen Innovationspolitik früherer Jahre

war die Steiermark 2007 das innovativste Bundesland Österreichs und Vize-Europameister hinter Baden-Württemberg. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben.

AUSBILDUNG FÖRDERN UND FORDERN. Höherqualifikation schützt die Menschen vor Arbeitslosigkeit. Die Hälfte der Arbeitslosen in der Steiermark hat weder Schul- noch Lehrabschluss. Jugendliche sollen zu jenen Ausbildungen motiviert werden – vor allem technische Fächer –, die beste Arbeitsmarktchancen haben. Die Weiterentwicklung des Schul- und Hochschulwesens muss auch auf die Arbeitsmarktaussichten der Absolventinnen und Absolventen Rücksicht nehmen. Die Fachhochschulen in der Steiermark sind auszuweiten.

„GREEN JOBS“-CHANCE NUTZEN. Alle reden über die Chancen von „green jobs“ – qualifizierte Arbeitsplätze, die durch moderne Umwelttechnologie-Unternehmen geschaffen werden. In der Steiermark sollen echte „green tech“-Jobs daheim sein. Mit unserem green job-Programm ermöglichen wir allein 600 Ausbildungsplätze in der Energie- und Umwelttechnik. Grüne Technologien sollen zu Markenzeichen der Steiermark werden. Und uns in den nächsten Jahren rund 17.500 neue Arbeitsplätze bringen. Neben dem zum Mobilitätscluster weiterentwickelten Automobilcluster Steiermark soll ein Green-Tech-Cluster für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umwelttechnik entstehen, der die Steiermark zur Nummer 1 in der Energie- und Umwelttechnik macht. Unser Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung mit der Forschung und Ausbildung (z.B. TU Graz, Joanneum Research, Kompetenzzentren). Das ist eine große Chance für unsere Jugend: Im Bereich Umwelt- und Energietechnik herrscht derzeit ein deutlicher Technikermangel.

STANDORT STEIERMARK STÄRKEN. Die Zukunft des Industrielandes Steiermark muss gesichert sein. Wir wollen den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Steiermark verstärkt als Innovations- und Forschungsstandort, als Industriestandort für höchste Qualität und als Zentrum für innovative Dienstleistungen positionieren. Während „Reichensteuer-Debatten“ nur Investoren vertreiben, wollen wir durch aktives Standortmarketing und wirksame Förderungen hochwertige Technologiebetriebe und Arbeitsplätze in die Steiermark bringen. Wir müssen die richtigen Anreize setzen, damit Betriebe bei uns investieren und hier Arbeitsplätze schaffen.

EXPORT FÖRDERN. Die Steiermark ist Exportbundesland. Jeder zweite Euro an Wertschöpfung wird im Ausland erwirtschaftet, jeder zweite Arbeitsplatz – vor allem im Automotive-Bereich – hängt von unseren Exporterfolgen ab. Deshalb werden wir unsere Unternehmen in Zukunft verstärkt dabei unterstützen, neue Märkte für die Steiermark zu erobern.

WOHNBAU NACHHALTIG STÄRKEN. Der geförderte Wohnbau sichert 12.000 Arbeitsplätze in der Steiermark. Die Wohnbeihilfe hat für uns unverändert ihre soziale Bedeutung. Aber die von der SPÖ eingeführte „Wohnbeihilfe Neu“ schießt über ihren Zweck hinaus. Die dem Wohnbau fehlenden Mittel haben zur Folge, dass die Nachfrage nach geförderten Wohnungen nicht mehr befriedigt werden kann und die Wohnkosten enorm ansteigen. Wir wollen die Wohnbeihilfe in die richtige Richtung entwickeln und einen Teil der Mittel in die Wohnhaussanierung zur Erreichung der Kyoto-Klimaziele mit besonderem Schwerpunkt von Sozialbauten rückführen. In der Wohnbaupolitik sind leistbare Wohnungen in hoher Qualität

unser Ziel – und nicht allein förderungsabhängige Mieterinnen und Mieter.

TOURISMUS RICHTIG WEITERENTWICKELN. Der steirische Tourismus ist eine Erfolgsgeschichte. Mit mehr als 10,5 Millionen Nächtigungen ist er ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsfaktor. Auf ihn ist auch in schwierigen Zeiten Verlass. Das Tourismusjahr 2009 war das beste aller Zeiten. So soll es weitergehen. Wir fördern Arbeitsplätze im Tourismus durch die Stärkung des Unternehmertums und die Unterstützung von Qualität. Gesundheit, Wellness, Bewegung, Genuss & Kulinarik sowie Kreativität & Innovation sind die Top-Themen für die Zukunft des steirischen Tourismus. Unser Masterplan Tourismus 2015 zeigt, wie wir künftig mit weiß-grüner Lebensqualität punkten.

ARBEIT IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT SICHERN. Die land- und forstwirtschaftliche Produktion sichert direkt sowie in vor- und nachgelagerten Bereichen jeden sechsten Arbeitsplatz in der Steiermark. Insbesondere die Forstwirtschaft bietet in der Energieversorgung, in der Holz- und Papierindustrie und am Bausektor über 50.000 Menschen einen Arbeitsplatz in der Steiermark. Eine starke, wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit bäuerlichen Strukturen ist nicht nur für naturnahe, tierschutzgerechte und gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung unverzichtbar, sondern auch für Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Von kulinarischer Vielfalt und hoher Qualität profitiert auch der steirische Tourismus.

KOMPETENZ IN DER WASSERWIRTSCHAFT AUSBAUEN. Die Steiermark ist europäisches Vorbild in der Wasserwirtschaft. Deshalb

wollen wir den Export von Wassertechnologie – unterstützt durch wissenschaftliche Begleitung – vor allem nach Osteuropa und in asiatische Kernräume stark ausbauen. Die zweistelligen Marktzuwächse pro Jahr machen deutlich, wie wir davon in der Steiermark als Entwicklungs- und Produktionsland von Anlagen und Maschinen profitieren können.

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER RICHTIG UNTERSTÜTZEN. Wir stehen für eine zeitgemäße Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unsere Schutz- und Chancenpolitik unterstützt die überbetriebliche und betriebliche Sozialpartnerschaft dabei, dass es modernen sozialen Schutz für die Beschäftigten und die notwendige Flexibilität für Unternehmen gibt. Damit alle Beteiligten von ihrem gemeinsamen Erfolg profitieren können.

MINDESTLOHN UMSETZEN. Von seiner Leistung soll man auch leben können. Wir wollen keine Entwicklung hin zu so genannten „working poor“-Menschen, die arm sind, obwohl sie arbeiten. Der Mindestlohn ist in allen Branchen umzusetzen. Zwischen Mindestsicherung und Mindestlohn muss ein deutlicher Unterschied bestehen.

ZWEITEN ARBEITSMARKT ERMÖGLICHEN. Erwerbstätigkeit ist wichtig für gesellschaftliche Teilhabe. Um auch – sonst kaum vermittelbare – Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen, wollen wir die Einrichtung eines „Zweiten Arbeitsmarktes“ für Transfer-Arbeitsplätze vorantreiben, der öffentlich unterstützt wird. Dabei ist auf regionale Bedürfnisse Bedacht zu nehmen. Die Grenze zum ersten Arbeitsmarkt darf nicht überschritten werden. Der Nutzen entsprechender Projekte muss transparent evaluiert werden.

FAIRNESS FÜR PENDLER. Viele Steirerinnen und Steirer pendeln. Ihre persönliche Mobilität sichert ihren Arbeitsplatz – und den Erfolg ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Sie haben Fairness verdient: Deshalb sollen sie wie die Selbstständigen künftig die Gesamtkosten für das Pendeln steuerlich absetzen können, wobei für den Weg zur Arbeit für jene, die auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen können, der Preis für die öffentliche Beförderung herangezogen wird. Für jene, die auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind, gilt das amtliche Kilometergeld.

MEHR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG. Die entscheidende Zukunftsversicherung für Wirtschaftskraft und Arbeit in der Steiermark ist die Innovationskraft unserer Betriebe. Wir wollen eine weitere Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am regionalen BIP auf 5 Prozent bis 2015 erreichen. Das steirische Innovationssystem mit seinen Forschungsstätten soll weiter gestärkt werden. Der Wissens- und Technologietransfer zu den Unternehmen, insbesondere zu den Klein- und Mittelbetrieben (KMU), muss weiter forciert werden. Das wird auch mehr private Mittel für Forschung und Entwicklung bringen.

INFRASTRUKTUR FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN. Neues Wachstum für neue Jobs braucht verlässliche Grundlagen. Die steirische Infrastruktur – Straße, Schiene, Energie, Luftfahrt, Breitband – muss fit für die Zukunft sein. Wir brauchen bessere Verbindungen zu den Wachstumsregionen im Süden und Osten. Der Lückenschluss für Straßenprojekte, der Ausbau der (transeuropäischen) Schienennetze, der Erhalt der wichtigsten Anbindungen im Luftverkehr, eine sichere Energieversorgung und flächendeckende Breitband-Versorgung müssen ge-

währleistet sein. Insbesondere muss der versprochene Ausbau der umweltfreundlichen Schiene auf der Südbahn (Semmering-Basistunnel, Koralmtunnel) eingehalten werden. Es darf zu keiner Benachteiligung im Vergleich zur Region Wien mit deren Infrastrukturprojekten (z.B. Hauptbahnhof) kommen. Die Steiermark braucht Infrastruktur mit Strategie, damit wir unsere Position im Zentrum eines Wirtschaftsraumes mit 53 Millionen Menschen voll ausspielen können.

LOKALE KONJUNKTURIMPULSE SICHERN. Wir haben bereits über 360 Projekte im Rahmen unserer Gemeindekonjunkturpakete gestartet und damit 3000 Arbeitsplätze gesichert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Weil Wirtschaftswachstum und Beschäftigung mitten im Lebensumfeld der Menschen spürbar sein müssen. Auch die Instandsetzung des Landes- und Gemeindestraßennetzes schafft wichtige Impulse.

WACHSTUM FÜR EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN. Jede Unternehmensgründung ist ein Gewinn für die Steiermark. Auch die „Kleinen“ eröffnen große Chancen. Fast die Hälfte der Ein-Personen-Unternehmen würde gerne einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin anstellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Lohnnebenkosten bei der Anstellung des ersten Mitarbeiters oder der ersten Mitarbeiterin in solchen Betrieben gänzlich entfallen.

LEBENSQUALITÄT SICHERN. Die Menschen sollen gerne in der Steiermark leben und arbeiten. Neue Betriebe sollen sich gerne bei uns niederlassen, weil die Lebensqualität in der Steiermark stimmt. Auch aus diesem Grund wollen wir die kulturelle Vielfalt unserer Städte sichern und den ländlichen Raum aufwerten.

ZEIT ZUM SPAREN. Für Wachstum und neue Jobs unverzichtbar ist auch der konsequente Abbau von Schulden. Denn Schulden kosten uns Wachstumschancen. Wer wachsen will, muss daher auch klug sparen können. Wir bekennen uns zur Schuldenbremse (Neuverschuldung von max. 3 Prozent des Landeshaushaltes ab 2011), die wir in der Landesverfassung verankert haben. Wenn notwendig, müssen für Einsparungen auch gesetzliche Änderungen vorgenommen werden. Doppelter Aufwand und Mehrfachausgaben zwischen Bund und Land oder zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz müssen beseitigt werden. Wo möglich, sind Aufgaben zusammenlegen, zu verknüpfen oder zu streichen. Unser Ziel ist eine Konsolidierung des Landeshaushaltes, damit gerade junge Menschen im Sinn der Generationengerechtigkeit ihre Zukunftschancen nutzen können.



**WEGE ZUR
SICHERHEIT**

UNSERE STANDPUNKTE

SICHERHEIT IN EINER UNSICHEREN ZEIT. Wir leben in unsicheren Zeiten. Umso wichtiger ist es für die Steiermark, dass es in Zukunft klare und verlässliche Sicherheiten gibt. Eine seriöse politische Führung, die ihre Verantwortung ernst nimmt, spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir bekennen uns zu einer verlässlichen und sorgfältigen Politik für die Steiermark. Steirische Politik muss konsequent steirisch arbeiten. Darauf ist mit uns auch in schwierigen Zeiten Verlass.

HINSCHAUEN STATT WEGSCHAUEN. Die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer ist von ihrer Sicherheit abhängig. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst, ohne es zur politischen Hetze zu missbrauchen. Sicherheitsprobleme müssen rasch, richtig und konsequent gelöst werden. Wir wollen die Menschen auch dabei unterstützen, ihre eigene Verantwortung für mehr Sicherheit im Alltag wahrzunehmen. Bei der Sicherheit in der Steiermark machen wir keine Kompromisse.

SICHER SOZIAL SEIN. Sicherheit heißt für uns nicht nur Sicherheit vor Kriminalität. Eine ganz entscheidende Rolle für die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer ist ein verlässliches und hochwertiges Sozial- und Gesundheitssystem für alle Generationen. Wer Hilfe

braucht, soll sich in der Steiermark auf wirksame Hilfe verlassen können – in jeder Lebenssituation. Das ist wichtig für ein Leben, das möglichst frei von Willkür und Existenzängsten ist. Wichtig ist für uns aber auch die Solidarität mit jenen, die durch ihre Leistung erst ein hochwertiges Sozialsystem möglich machen. Armut in unserem Land muss mit den richtigen Mitteln bekämpft werden.

UNSERE WEGE

MEHR POLIZEI. Die Polizei muss in der Steiermark im öffentlichen Raum stärker präsent und gut sichtbar sein. Das ist wichtig für Sicherheit und Lebensqualität. Wir fordern von der Innenministerin 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für unser Land. Steirische Polizistinnen und Polizisten sollen in der Steiermark ihren Dienst tun.

OFFENSIV GEGEN KRIMINALTOURISTEN. Keine steirische Familie soll Angst haben müssen, dass nach ihrer Rückkehr vom Sonntagsausflug daheim eingebrochen wurde. Wir setzen uns für wirksame Maßnahmen gegen den organisierten Banden- und Kriminaltourismus ein. Die Steiermark ist kein Selbstbedienungsladen für Kriminelle.

KONTROLLDRUCK ERHÖHEN. In Ballungszentren, Umlandregionen und auf Transitrouten muss der polizeiliche Kontroll- bzw. Fahndungsdruck erhöht werden. In Brennpunkten muss rasch und wirksam gehandelt werden. Es sind verstärkte polizeiliche Schwerpunkt-Aktionen gegen Drogen- und Straßenkriminalität zu setzen.

EIGENTUMSSCHUTZ FÖRDERN. Wir wollen die Menschen unterstützen, ihre Eigenverantwortung für ihr Eigentum wahrzunehmen. Deshalb wollen wir unsere erfolgreichen Förderungen für den Eigentumschutz – etwa für Alarmanlagen – fortsetzen.

VIDEOÜBERWACHUNG AN ÖFFENTLICHEN ORTEN. Für die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer ist es wichtig, dass man an keinem öffentlichen Ort in der Steiermark Angst haben muss. Deshalb treten wir für eine bessere Videoüberwachung an öffentlichen Orten ein. Sie hat sich bewährt und gibt den Menschen ein gutes Sicherheitsgefühl. Wir wollen die Ausbreitung von organisierten Bettlerbanden durch Bettelverbote verhindern.

JUGENDKRIMINALITÄT VERMEIDEN. Gewalt- und Drogenmissbrauchspräventionsmaßnahmen an Schulen sind auszubauen. Die Zusammenarbeit mit Jugendwohlfahrtsträgern im Bereich der Jugendkriminalität muss verbessert werden. In „Problemzonen“ ist eine stärkere Polizeipräsenz notwendig.

NACHBARSCHAFTSNETZWERKE FÖRDERN. Ausdruck gelebter Eigenverantwortung für Sicherheit sind auch nachbarschaftliche Sicherheitsnetzwerke. Diese haben sich in vielen Regionen sehr bewährt. Wir wollen sie gezielt fördern.

VERKEHRSSICHERHEIT ERHÖHEN. Das steigende Schwerverkehrsaufkommen erfordert auch mehr polizeiliche Kontrollen. Durch die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Kfz-Prüfstellen sollen risikobehaftete Schwerverfahrzeuge rascher aus dem Verkehr gezogen werden können.

ASYLMISSBRAUCH VERHINDERN. Unser Rechtsstaat ist für alle da. Von uns gibt es daher keine Toleranz für Kriminalität und auch kein Verständnis für Asylmissbrauch. Wer verfolgt ist und Hilfe braucht, der soll sich auf unseren Schutz verlassen können. Aber wer das Asylrecht missbraucht und damit auch echten Flüchtlingen schadet, für den ist bei uns kein Platz.

SCHUTZ VOR NATURKATASTROPHEN. Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels haben zugenommen. Neben konsequenten Klimaschutzmaßnahmen sind auch entsprechende Sofortmaßnahmen unverzichtbar. Dies gilt insbesondere für den Bau von Hochwasserschutz- und Lawineneinrichtungen. Sie geben den Menschen in den Siedlungsräumen Schutz und Sicherheit. Unseren Rettungsorganisationen gebührt für ihre Leistungen größter Respekt. Sie sind mit den notwendigen Einrichtungen und Gerätschaften auszustatten.

BUNDESHEER STÄRKEN. Wir wollen das Bundesheer in seiner Substanz stärken. Eine gute Ausrüstung gibt den Soldaten Sicherheit und ist auch für den Katastrophenschutz unverzichtbar. Es ist für uns nicht akzeptabel, dass junge Soldatinnen und Soldaten in baufälligen Kasernen untergebracht sind.

SICHERE VERANTWORTUNGSPOLITIK STATT UNSICHERER VOLLKASKO-POLITIK. Wir wollen keinen Vollkasko-Staat, der die Bevölkerung von sozialstaatlichen Leistungen abhängig macht, Schulden produziert und ihnen falsche Sicherheit vorgaukelt. Wir wollen ein Sozialsystem, in dem es die richtige Balance aus Eigenverantwortung und Mitverantwortung gibt. Deshalb sind wir auch für eine 12mal jährlich ausbezahlte bedarfsorientierte Mindestsicherung, aber gegen zusätzliche Zahlungen. Das ist moderne Verantwortungspolitik. Auf sie ist auch in schwierigen Zeiten Verlass.

TRANSFERKONTO FÜR SOZIALLEISTUNGEN. In der Steiermark gibt es zahlreiche Sozialleistungen. Wir wollen Transparenz in den Sozialleistungen und in ihrer Finanzierung. Mit einem Transferkonto lässt sich darstellen, welche Sozialleistungen erbracht werden, ob und wie sie wirken und wer sie finanziert. Das macht unser Sozialsystem treffsicherer – und schafft Fairness gegenüber jenen, die das System mit ihren Leistungen finanzieren. Im Wirtschaftsbereich haben wir dieses Prinzip bereits umgesetzt: Die Transparenzdatenbank der Steirischen Wirtschaftsförderung (SFG) „Ein!Blick“ bietet vollständige Transparenz, was mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler passiert.



**WEGE ZUR
NACHHALTIGKEIT**

UNSERE STANDPUNKTE

WIR SIND ÖKOZOSIAL. Das zukunftsweisende Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft ist heute aktueller denn je. Es hat nicht zufällig steirische Wurzeln. Wir wollen eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die individuelle Freiheit, wirtschaftliche Leistungskraft, gesellschaftliche Solidarität und Nachhaltigkeit nicht gegeneinander ausspielt. Sondern miteinander versöhnt. Ökosoziales Denken und Handeln ist für uns die Grundlage für eine wirklich zukunftsfähige Entwicklung. Unser Ziel ist eine kohlenstoffarme, klimaverträgliche, sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise. Wir nützen dabei die Innovationskraft von Menschen, Unternehmen und Märkten. Ökologische Rücksichtnahme und wirtschaftliche Dynamik bedingen einander.

NACHHALTIGKEIT IST GERECHTIGKEIT FÜR DIE ZUKUNFT. Das Prinzip der Nachhaltigkeit – es besagt, dass man nicht von der Substanz leben soll – gilt für uns nicht nur im Umweltbereich. Es gilt auch für unser Zusammenleben. Bei allem, was wir tun, müssen wir dessen Folgen für die Zukunft bedenken. Deshalb ist es unsozial, den jungen Steirerinnen und Steirern Schuldenberge aufzutürmen. Wir sehen Gerechtigkeit nicht nur als Frage der Verteilung in der Gegenwart, sondern auch mit Blick in die Zukunft. Deshalb geht es uns in allen Bereichen um zukunftsverträgliche Lösungen. So verstehen wir steirische Verantwortungspolitik.

KLIMAWANDEL ZUR CHANCE MACHEN. Die Steiermark war in der Energiepolitik schon früh führend. Daran müssen wir wieder anknüpfen. Eine nachhaltige Energiepolitik bedeutet nicht, Menschen Energieverbrauch zu verbieten. Wir wollen überzeugende Anreize setzen und Forschung und Entwicklung für mehr Energieeffizienz stärken. Eine nachhaltige Energiepolitik ist für uns eine wichtige Wachstums- und Arbeitsplatzperspektive für die Steiermark. Wir gehen mit Energie in die Zukunft.

UNSERE WEGE

„GRÜNE“ STEIERMARK MIT STRATEGIE WEITERENTWICKELN. Der Anteil von derzeit 25 Prozent erneuerbarer Energien am energetischen Endverbrauch unseres Landes soll weiter gesteigert werden. Unsere Klimastrategie bringt u.a. die Anhebung des Fördervolumens für Solaranlagen, die Errichtung von Biomasse-Nahwärme-Versorgungsanlagen oder die Biogasoffensive zur Verminderung der CO₂-Belastung. Der Ausbau der Wasserkraft ist voranzutreiben. Ein möglichst umweltfreundlicher Ausbau der Wasserkraft und die Effizienzsteigerung bestehender Kraftwerke erhöhen den Eigenversorgungsgrad und tragen

zur Erhöhung der heimischen Wertschöpfung bei. Das bringt uns mehr Energieunabhängigkeit, Klimaschutz und Arbeitsplätze.

ENERGIEOFFENSIVE UMSETZEN. Wir wollen eine konsequente Umstellung der Wärmeversorgung im Land von fossiler auf erneuerbare Energie starten. 250.000 Haushalte, das sind 46 Prozent, sowie viele öffentliche Gebäude werden in der Steiermark noch mit fossiler Energie versorgt. Das Energiekonzept Steiermark soll umgesetzt werden. Damit wird nicht nur ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet, sondern es werden mit einem geplanten Investment von 1 Milliarde Euro und durch eine nachhaltige heimische Ressourcennutzung mehr als 17.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Auch Energie aus der Sonne ist eine wichtige Zukunftsstrategie für den Klimaschutz. Der Ausbau der Photovoltaikanlagen in der Steiermark soll in Abstimmung mit dem neuen Ökostromgesetz vorangetrieben werden. Das unterstützt zudem die Ansiedelung von Forschungseinrichtungen und Unternehmen für den Anlagenanbau in der Steiermark.

MEHR ENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN. Eine Sanierungsoffensive für Gebäude reduziert den Energieverbrauch und senkt die Energiekosten. Bei Neubauten muss sichergestellt sein, dass neue Häuser Wasser mittels thermischer Solaranlage oder mit Biomasse oder Fernwärme aus Ökoenergie aufbereiten.

BERATUNGSOFFENSIVE FÜR UNTERNEHMEN. Die Beratungsleistungen für Unternehmen im Energiesektor sollen ausgebaut werden. Auch im öffentlichen Sektor muss durch verstärkte Bemühungen bei der Beschaffung und durch eine stärkere Berücksichtigung der Betriebskosten ein nachhaltiges Energiemanagement gesichert sein. Mit

öffentlichen Energieeinsparungen lassen sich auch Kosten für die Steuerzahler einsparen.

„GREEN TECH“ FÖRDERN. Unsere Eco World Styria ist das weltweit führende Unternehmens-Netzwerk im Bereich der Energie- und Umwelttechnik. Solche Erfolgsgeschichten wollen wir fortsetzen. Nachhaltiges Wirtschaften eröffnet neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Unternehmen im Umwelttechnologiebereich können in der Steiermark zahlreiche neue Jobs schaffen – so genannte „green jobs“. Mit unserem „green job“-Programm ermöglichen wir allein 600 Ausbildungsplätze in der Energie- und Umwelttechnik. Grüne Technologien sollen zu Markenzeichen der Steiermark werden.

MOBILITÄT ÖKOLOGISIEREN. Die Mobilität der Steirerinnen und Steirer muss mit neuen Wegen gesichert werden. Wir setzen uns daher für eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs mit dem Leitprojekt S-Bahn ein. Die Förderung von E-Mobility schützt das Klima – und nützt Wirtschaft und Beschäftigung. Der steirische Autocluster hat großes Potenzial für innovative Elektroantriebe. Auch die Fortführung unseres erfolgreichen Radschwerpunktes „Rad im Alltag“ ist ein konkreter Beitrag für umweltfreundlichen Verkehr.

RESSORTÜBERGREIFENDE STRATEGIE. Energie- und Umweltpolitik sind für uns Aufgaben, die über traditionelle Ressortgrenzen hinaus wahrgenommen werden müssen. Wir setzen daher auf eine ressortübergreifende Vorgangsweise, um aus ökologischen Herausforderungen neue Chancen für die Steiermark zu machen. Besondere Schwerpunkte legen wir in den Bereichen „grüner Tourismus“, „ökologisches Bauen“, Infrastruktur und öffentlichen Verkehr.

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN. Als Steiermark-Partei ist uns eine lebendige regionale Wirtschaft ein großes Anliegen. Deshalb wollen wir die Regionalwirtschaft gezielt stärken. Regionen mit starken wirtschaftlichen Strukturen und Bildungseinrichtungen sind unverzichtbare Grundlage für eine auch ökologisch erfolgreiche regionale Wirtschaft. Langfristige Energie- und Umweltkonzepte von Gemeinden sollen gezielt unterstützt werden.

SELBSTVERSORGUNG MIT ENERGIE UNTERSTÜTZEN. Wir wollen Gemeinden und Regionen, die Energieautarkie erreichen wollen, auf ihrem zukunftsweisenden Weg gezielt unterstützen. Das reduziert die Abhängigkeit des ganzen Landes von Energieimporten.

SINNVOLL SANIEREN. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Damit wir den jungen Menschen in der Steiermark – den Kindern und Enkelkindern – nicht mit Schuldenbergen ihre Zukunftsaussichten verstellen, brauchen wir in der Steiermark einen sinnvollen Sanierungskurs. Auf Dauer können wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

BUDGET DURCHFÖRSTEN. An den Beginn der nächsten Regierungsperiode in der Steiermark wollen wir ein großes, parteiübergreifendes Projekt stellen: Die Analyse des gesamten Budgets – ohne Tabus („Budgetscreening“). Auf dieser Grundlage sollen die soziale Treffsicherheit der Mittel im Sozialbereich erhoben, ein umfassendes Gesundheitskonzept erarbeitet und eine Verwaltungs- und Staatsreform geplant werden. Ein neues Haushaltsrecht und die doppelte Buchführung sollen für die notwendige Transparenz sorgen. Globalbudgets in sämtlichen Ressorts mit Personalhoheit des jeweiligen politischen Referenten sorgen

für Effizienz und Einsparungen. Der Staat muss finanzierbar werden. Wenn notwendig, sind dafür Gesetze zu ändern.

ZUKUNFTSVERTRÄGLICHKEIT PRÜFEN. Für alle neuen Ausgaben der öffentlichen Hand in der Steiermark soll es eine Zukunftsverträglichkeits-Prüfung geben. Dabei wird geklärt, ob die jeweilige Investition Zukunftschancen eröffnet oder nur den Schuldenberg vermehren würde.

BÜROKRATIE ABBAUEN. Bürokratie verursacht Kosten und behindert Wachstum. Der Bürokratieabbau fängt mit weniger Gesetzen an. Wir unterstützen moderne Strukturen in der Verwaltung und in den Gebietskörperschaften. Kluge Kooperationen ermöglichen Synergien und sparen Kosten. Auch in der Schulverwaltung wollen wir Strukturen schlanker und effizienter machen.



**WEGE ZUR
GEMEINSCHAFT**

UNSERE STANDPUNKTE

DIE STEIERMARK BRAUCHT MEHR GEMEINSAMKEIT. Die Steiermark braucht in der Politik keine eitle Selbstinszenierung. Sondern Vorrang für gemeinsame Lösungen unter verlässlich steirischer Führung. Die Erfolgsgeschichte der Steiermark war immer auch eine Erfolgsgeschichte der Gemeinsamkeit. Unter der Führung der Steiermark-Partei, der Steirischen Volkspartei, haben alle im Land stets an einem Strang gezogen. So soll es auch in Zukunft sein.

DIE FAMILIEN SIND UNSERE ZUKUNFT. Familien sind der Kern unserer Gemeinschaft. In der Steiermark leben heute rund 344.000 Familien. 40 Prozent davon sind Ehepaare mit Kindern. Jährlich werden 10.000 Steirerinnen und Steirer geboren – unsere Zukunft. Familien sind vielfältiger geworden, die Anforderungen an sie sind gewachsen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Herausforderung. Wir stehen hinter allen Familien. Weil es zur Familie als Verantwortungs- und Wertegemeinschaft keine Alternative gibt. Wir anerkennen das Recht von Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben wollen, auf eine öffentlich akzeptierte und gültige Verbindung.

ZUWANDERUNG MUSS ERFOLGREICH SEIN. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist auch für die Steiermark klar, dass Zuwanderung notwendig ist. Ohne Zuwanderung würde die Steiermark schrumpfen. Wir wollen uns selbst aussuchen, wer zu uns zuwandert. Die Steiermark braucht qualifizierte Migration. Und damit Zuwanderinnen und Zuwanderer, die für uns ein Gewinn sind. Illegale Zuwanderung muss konsequenter als bisher bekämpft werden.



UNSERE WEGE

GEMEINSAM ZUKUNFT ERARBEITEN. An den Beginn der nächsten Regierungsperiode in der Steiermark wollen wir ein großes, parteiübergreifendes Projekt stellen: Die Analyse des gesamten Budgets – ohne Tabus. Auf dieser Grundlage sollen die soziale Treffsicherheit der Mittel im Sozialbereich erhoben, ein umfassendes Gesundheitskonzept erarbeitet und eine Verwaltungs- und Staatsreform geplant werden. Damit die Zukunft der Steiermark wieder im Mittelpunkt steht und gesichert werden kann.

KINDERBETREUUNG AUSBAUEN. Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir mehr flexible Kinderbetreu-

ungsangebote in der Steiermark. Die Kinderbetreuungseinrichtungen müssen dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden.

„KINDERGARTEN FÜR ALLE“ SICHERN. Der „Kindergarten für alle“ ist eine wichtige Investition für die Bildung unserer Kinder und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Frauen profitieren von diesem Angebot. Ihnen wird dadurch eine gewünschte Erwerbstätigkeit erleichtert. Das stärkt auch die Wirtschaftskraft unseres Landes. Die Unternehmen brauchen mehr denn je qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

FAMILIENFREUNDLICHKEIT FÖRDERN. Gemeinden sind bei ihren Bemühungen zu unterstützen, dass sich junge Familien im Ort ansiedeln. Das ist wichtig für die Zukunft des ländlichen Raumes. Beim Aufbau von Infrastrukturen ist auf die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien zu achten. Die Auszeichnung familienfreundlicher Betriebe ist eine steirische ÖVP-Initiative, die bereits in ganz Österreich durchgeführt wird. Sie ist weiter auszubauen. Familienfreundlichkeit heißt für uns aber auch mehr Fairness für Familien. Für ihre Leistungen dürfen sie nicht über Gebühr belastet werden. Wer Familie hat, darf in unserer Gesellschaft nicht draufzahlen.

JUGEND ZUKUNFT GEBEN. Wer jung ist, steht vor vielen Herausforderungen. Wir wollen, dass die jungen Menschen in der Steiermark möglichst viele Lebens- und Berufschancen haben. Deshalb entwickeln wir unser breites und hochwertiges Ausbildungs- und Bildungsangebot im Land konsequent weiter. Die Mitbestimmung junger Menschen in Gemeinden und im Land ist uns ein zentrales Anliegen. Weil Freiheit und Verantwortung gemeinsam wachsen müssen.

FAIRNESS FÜR FRAUEN. Frauen werden noch immer in vielen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Viele leiden unter der Mehrfachbelastung durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung. Wir fördern und fordern Partnerschaftlichkeit in allen Lebensbereichen. Teilen zwischen Mann und Frau muss sich lohnen. Wir bekennen uns zu einer Frauenpolitik, die zur Familienpolitik klare Grenzen zieht. Frauen sollen in der Steiermark so leben, wie sie es möchten. Ihre Qualifikationen müssen im Arbeitsleben endlich fair honoriert werden. Für gleiche Arbeit muss es gleichen Lohn geben. Die „gläserne Decke“ für Spitzenjobs (z.B. Vorstandsebene) muss endgültig durchbrochen werden.

PENSIONEN FÜR ALLE. Die demografische Entwicklung bringt neue Chancen für jede und jeden Einzelnen. Und neue Herausforderungen für die ganze Gesellschaft. Die Zukunftsfähigkeit unseres Pensionssystems muss auch für die nächste Generation gesichert sein. Wir unterstützen Reformen zur Erreichung dieses Ziels nachdrücklich. Auch die jungen Steirerinnen und Steirer haben das Recht auf ein sicheres Pensionssystem.

AKTIVES ALTERN FÖRDERN. Der Platz der älteren Menschen ist mit uns nicht am Rand der Gesellschaft. Sondern in unserer Mitte. Deshalb fördern wir aktives Altern und die Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Damit neue Lebensabschnitte attraktive neue Lebensperspektiven eröffnen.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG INTEGRIEREN. Unsere Steiermark ist nicht nur für alle Generationen da. Sondern auch für Menschen mit Behinderung. Sie brauchen nicht nur unseren Schutz, sie brauchen richtiges „Empowerment“ und faire Chancen: in der Bildung, am Ar-

beitmarkt, in der Gesellschaft. Weil man nicht behindert ist, sondern vielfach behindert wird, wollen wir Barrieren für Menschen mit Behinderung konsequent abbauen.

GESUNDHEIT SICHERN. Die Steirerinnen und Steirer haben das Recht auf ein erstklassiges Gesundheitssystem. Wir wollen, dass weniger Geld für Strukturen ausgegeben wird – und mehr in die Gesundheit der Menschen investiert wird. Das Vorbeugen von Zivilisationskrankheiten (z.B. Übergewicht, Erkrankungen des Bewegungsapparates) durch mehr Eigenverantwortung und Prävention ist uns ein wichtiges Anliegen. Unnötige und teure Doppeluntersuchungen müssen vermieden werden. Psychischen Erkrankungen (z.B. „Burn-out“) muss mehr Augenmerk geschenkt werden. Insgesamt muss eine moderne integrierte Gesundheitsversorgung gesichert sein. So sollen effiziente „Guided Care“-Modelle flächendeckend eingeführt werden, um Kosten zu sparen und gleichzeitig mehr Zufriedenheit von älteren Menschen, Ärztinnen und Ärzten sowie Angehörigen zu bewirken. Ärztinnen und Ärzte sollen zukünftig nicht mehr Verwalter der Krankheitsversorgung, sondern Betreuerinnen und Betreuer der Gesundheitsversorgung sein. Wir wollen die Forschung in der Steiermark u.a. für patientengerechte Medikamente stärken.

PFLEGE BESSER MÖGLICH MACHEN. Die Bewältigung des steigenden Pflegebedarfs älterer Menschen ist eine große Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Wir setzen uns daher für die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf durch Tageszentren- und Tagesklinikangebote, Urlaubsbetten und Kurzzeittherapie ein. Die mobilen Dienste müssen gestärkt werden. Die Menschen sollen die Wahlfreiheit haben, sicher zu Hause alt werden zu können. Für die Pflege muss ein verläss-

liches Finanzierungssystem entwickelt werden. Der Pflegebereich soll aus dem Sozialbereich herausgelöst und künftig in einem Ressort Pflege und Gesundheit verankert sein.

VORRANG FÜR DIE LOKALE EBENE. Wir sind die Bürgermeisterpartei. Wir lassen das Leben im Dorf – und stärken deshalb Dörfer, Gemeinden und Regionen, um Abwanderung zu vermeiden. Dazu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Kleinregionen und Regionen. Gemeinsam lässt sich für die Steirerinnen und Steirer mehr bewegen. Konsolidierte Gemeindehaushalte sind wichtig für eine sichere Zukunft. Wir setzen uns im Interesse der Gemeinden für einen gerechten Finanzausgleich ein.

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN. Damit sich die Gemeinschaft in der Gemeinde gut entwickeln kann, ist eine erfolgreiche regionale Entwicklung eine wichtige Unterstützung. Sie sichert Arbeitsplätze und Lebensqualität in der Region. Unsere regionalen Konjunkturpakete spielen dabei eine wichtige Rolle. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen von Regionen wollen wir regionale Markenstrategien, Ausbildungseinrichtungen, Breitbandinitiativen (Telearbeit) und die Entwicklung des ländlichen Raumes insgesamt unterstützen.

GEMEINDEN UNTERSTÜTZEN. Die Gemeinden in der Steiermark sollen bei der Bewältigung ihrer Leistungen und Aufgaben bestmöglich unterstützt werden. Neben Good Governance-Modellen spielen dabei Kooperationen in Kleinregionen und Know-how-Transfer eine zentrale Rolle. Prüfungen durch den Landesrechnungshof sollen möglich sein.

LEISTUNGSABGELTUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT SICHERN. Die Sicherstellung der EU-Kofinanzierung auch in der Landwirtschaft ist uns ein zentrales Anliegen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft muss durch gezielte Marktförderung für mehr Wettbewerbsfähigkeit gesteuert werden. Die Neuausrichtung der EU-Förderprogramme erfordert eine adäquate Übersetzung auf die steirischen Gegebenheiten. Deshalb sind wir für eine stärkere Integration der klassischen Landwirtschaftsförderung in die regionalen Förderprogramme.

STEIRISCHEN TOURISMUS WEITERENTWICKELN. Eine wichtige Perspektive zur Stärkung des ländlichen Raums und der Gemeinden ist auch die Weiterentwicklung des Tourismus in der Steiermark. Wir verfügen über viele tourismusstarke Regionen und über viele Regionen mit touristischem Potenzial. Bei deren Ausbau wollen wir berücksichtigen, was den steirischen Tourismus auszeichnet: die Eigenart des Landes bewahren, keine „Massenabfertigung“ fördern, eine nachhaltige Entwicklung anstreben und neue Trends berücksichtigen. „Grünes Reisen“ und Öko-Hotels haben Zukunft. Die Alpine Skiweltmeisterschaft 2013 in Schladming und die Snowboard- und Freestyle-WM 2015 in Kreischberg/Murau werden wir als Chancen nützen, unser Land in der ganzen Welt attraktiv zu präsentieren.

ZUWANDERUNG PLANEN. Wir unterstützen die Entwicklung eines kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems für Österreich. Die Steiermark will sich künftig Zuwanderinnen und Zuwanderer aufgrund klarer Kriterien selbst aussuchen können. Qualifikation, Sprachkenntnisse und Kenntnisse über unser Land sollen dabei im Vordergrund stehen. Migration kann ohne Integration nicht funktionieren.

RECHTE SICHERN. Wir erwarten uns von Zuwanderinnen und Zuwanderern und Asylberechtigten, dass sie unsere Rechtsordnung und unsere gesellschaftlichen Grundwerte und Umgangsformen einhalten. Wer bei uns leben will, muss arbeiten wollen, Deutsch lernen und unsere Werte akzeptieren. Genauso bekennen wir uns zur Einhaltung der Religionsfreiheit, die unser Rechtsstaat für alle garantiert.



**WEGE ZUM
WISSEN**

UNSERE STANDPUNKTE

WISSEN SCHAFFT ARBEIT. In unserer Wissensgesellschaft wird es immer wichtiger, immer mehr „kluge Köpfe“ im Land zu haben. Wissen ist neben Arbeit und Kapital ein Produktivfaktor, der für eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft erfolgsentscheidend ist. Im internationalen Wettbewerb reicht Mittelmäßigkeit für den höchsten Lebensstandard nicht mehr aus. Je besser die Steirerinnen und Steirer ausgebildet sind, je besser sie mit Wissen umgehen können, desto mehr persönliche und berufliche Handlungsspielräume stehen ihnen offen. Begabungen und Talente müssen in allen Bildungsbereichen gezielt gefördert werden. Wir stehen daher in der Steiermark für ein erstklassiges Bildungssystem, das alle Bereiche umfasst. Dabei darf es keinen Abschluss ohne Anschluss geben. Unser Bildungssystem muss durchlässig sein, damit es den Herausforderungen einer wissensgetriebenen Wirtschafts- und Arbeitswelt entspricht.

WISSEN IST KULTUR. Wir fördern Bildung und Wissenserwerb aber nicht nur unter dem beruflichen und volkswirtschaftlichen Aspekt. Gerade wir in der Steiermark wissen aus unserer Tradition besonders gut, dass Bildung unverzichtbare Grundlage für kulturelle Entwicklung ist. Steirische Identität und Kultur schöpfen aus einem ganzheitlichen Bildungsverständnis und einer reichen Bildungstradition im Land. Sie

wollen wir weiterhin fördern und fordern. Unsere Offenheit für neues Wissen und neue Technologien – ohne dabei technogläubig zu sein – prädestiniert uns besonders für die Entwicklung „grüner“ Technologien und anderer Innovationen.

FORSCHUNG BRAUCHT VORRANG. Die Steiermark muss ein starker und erfolgreicher Standort für Forschung sein. Forschung an den Hochschulen und in den Unternehmen ist die Voraussetzung dafür, dass wir eine innovationsstarke Wirtschaft und neue, qualifizierte Arbeitsplätze im Land haben. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind die beste Investition für Wohlstand und Lebensqualität in der Steiermark.



UNSERE WEGE

GANZTÄGIGE SCHULFORMEN FÖRDERN. Im Rahmen der Reform unseres Schulwesens setzen wir uns besonders für die Förderung ganztägiger Schulformen ein. Sie sind nicht nur für berufstätige Eltern eine wichtige Erleichterung, sondern sie ermöglichen auch neue Wege, um die Begabungen unserer Kinder (z.B. Tutoring-System) bestmöglich zu

fördern. Die Förderung von Talenten ist ein wichtiges Anliegen und Kennzeichen unserer Bildungspolitik.

DIE BESTE SCHULE FÜR UNSERE KINDER. Die Debatte über die Schulreform darf sich nicht auf das Schlagwort „Gesamtschule“ reduzieren. Für uns gibt es nur ein Maß für Reformen: Das Beste für unsere Kinder möglich machen. Wir wollen unter der Bedingung einer gemeinsamen Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer eine gemeinsame Schule, die Maß an den vielfältigen und unterschiedlichen Talenten und Begabungen der steirischen Kinder nimmt. Alle müssen optimal gefördert und gefordert werden: Kinder mit Behinderungen, Hochbegabte, Kinder mit Migrationshintergrund. Die Modelle der „Neuen Mittelschule“ sind zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Klare Bildungsstandards müssen für verlässliche Zukunftschancen unserer Kinder sorgen.

SCHULVERWALTUNG REFORMIEREN. Im Rahmen einer Verwaltungsreform ist auch die komplizierte Schulverwaltung zu reformieren. Es soll mehr Autonomie und weniger Bürokratie für Schulen geben. Die Aufgaben für Lehrerinnen und Lehrer sind schwieriger geworden. Wir wollen sie bei ihrer fordernden Arbeit bestmöglich unterstützen.

LEHRE AUFWERTEN. Die steirische Wirtschaft sucht dringend nach geeigneten Lehrlingen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Berufs- und Karriereweg für Lehrlinge und für Lehrlingsabsolventinnen und -absolventen auf Basis unseres erstklassigen dualen Systems ausgebaut wird. Sie sollen zusätzlich zur betrieblichen Lehrausbildung und der Berufsschule die Möglichkeit erhalten, Qualifikationen in den Bereichen Soft Skills, Management und Leadership zu erwerben. Ihre Weiterbildung (z.B. in Richtung Meisterprüfung und insbesondere zur Matura) darf

keine höheren Kosten verursachen als auf konventionellen Bildungswegen. „Lehrlings-Schnuppertage“ sollten bereits ab der 3. Hauptschul- und Gymnasialklasse beginnen (als Teil des praxisorientierten Unterrichtsfaches „Berufsorientierung“). Dadurch soll es Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, mehrere Berufe praxisnahe kennen zu lernen. Eine „Handwerks- und Technikwoche“ soll dazu beitragen, handwerkliches und technisches Interesse der steirischen Schülerinnen und Schüler zu wecken bzw. zu verstärken.

TECHNOLOGIEAUSBILDUNGEN FÖRDERN. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und technische Fächer (kurz: „MINT“-Fächer) haben besonders in der Steiermark Zukunft. Wir wollen Jugendliche durch einen entsprechenden Schwerpunkt zu Ausbildungen in diesen Bereichen motivieren. Die Nachfrage der Industrie nach entsprechenden Fachkräften ist groß – und die Berufsaussichten für Absolventinnen und Absolventen entsprechend gut.

FORSCHUNGS-ERFOLGSGESCHICHTE FORTSCHREIBEN. Unsere Forschungspolitik zahlt sich aus: Die Steiermark hat eine überdurchschnittliche Forschungsquote (4,3 Prozent). Wir sind bei der Aktivierung von EU-Förderungen sehr erfolgreich. Unsere Hochschulen genießen seit Langem einen guten Ruf. Mehr als die Hälfte der österreichischen Kompetenzzentren, in denen Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam an Zukunftstechnologien arbeiten, befinden sich in der Steiermark. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte ausbauen und bis 2015 einen BIP-Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 5 Prozent erreichen. Wir investieren in den nächsten Jahren 100 Millionen Euro in die Bereiche Mobilität, Werkstoffe, Biotechnologie, Bioenergie, Pharmazie, Informatik und Holzbau.

HOCHSCHULEN STÄRKEN. Universitäten und Fachhochschulen sind entscheidend für die Zukunft der Steiermark. Die Rollen beider Institutionen müssen geschärft und deren spezifischen Stärken gezielt gefördert werden. Für die Fachhochschulen heißt dies insbesondere, jenen Studienrichtungen, deren Absolventinnen und Absolventen stark nachgefragt werden, ausgezeichnete Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Gleichzeitig ist das Profil der Fachhochschule als Institution mit vorwiegend berufsbildender tertiärer Bildung zu schärfen. Den Universitäten muss endlich die Möglichkeit geboten werden, sich in Richtung Exzellenz in Lehre und Forschung zu entwickeln. Wir treten für Studiengebühren (bei einem ausgebauten Stipendiensystem) und Zugangsregelungen für Massenstudien ein. Spezielle Förderungsinitiativen für unsere Universitäten (z.B. Biobank der Medizinischen Universität) stärken die Forschungskapazitäten in wichtigen Zukunftsbereichen – zum Vorteil der Steiermark.

ZUKUNFTSFONDS SICHERN. Der Zukunftsfonds ermöglicht die zielgerichtete, flexible und effiziente Förderung von bereichsübergreifenden Projekten. Weil sich der Fonds überaus bewährt hat, soll dieser speziell steirische Förderungsfonds für angewandte Forschung weiter dotiert werden.

ERFOLGSGESCHICHTE VON JOANNEUM RESEARCH FORTSETZEN. Mit Joanneum Research hat die Steiermark das größte außeruniversitäre Forschungsinstitut außerhalb des Wiener Raumes. Joanneum Research hat erstklassige Forschungskompetenzen aufgebaut, beschäftigt über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schneidet im internationalen Wettbewerb um Forschungsmittel überaus erfolgreich ab. Diese Erfolgs-

geschichte wollen wir mit einem entsprechenden Rahmenplan und klarer Fokussierung fortsetzen.

MARKE „GRAZ“ STÄRKEN. Unsere Landeshauptstadt hat sich unter unserer Führung zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität in Österreich entwickelt, was die österreichweit stärkste Bevölkerungszunahme eindrucksvoll unterstreicht. Kreative und innovative Lösungen in vielen Bereichen, vom Verkehr über die Bildung und die Integration bis zu Sozialem sind zum Markenzeichen von Graz geworden. Auch die „creative industries“ sind ein wichtiger Wirtschaftszweig für Graz – mit innovativen Unternehmen und neuen Arbeitsplätzen. Mit der UNESCO-Bewerbung als „City of Design“ wird die Landeshauptstadt als Kultur-, Wissenschafts- und Kreativwirtschaftsstadt gestärkt.

DANKE.

**DAS VORLIEGENDE PROGRAMM
„WEGE FÜR DIE STEIERMARK“ BASIERT
AUF INTENSIVER PROGRAMMARBEIT
DER VERGANGENEN JAHRE.
DAFÜR HABEN VIELE STEIRERINNEN
UND STEIRER, VIELE EXPERTINNEN UND
EXPERTEN AUS DEM IN- UND AUSLAND
WICHTIGE IMPULSE GELIEFERT.
IHNEN ALLEN SAGEN WIR AN DIESER
STELLE EIN HERZLICHES DANKESCHÖN.**

Seit 2006 investiert die Steirische Volkspartei massiv in ihren Programmprozess. Das für die Steiermark legendäre und weit über ihre Grenzen als kreative und moderne Denkwerkstatt der Volkspartei bekannte „Modell Steiermark“ wurde zum „Modell:Zukunft:Steiermark“ weiterentwickelt. Im Rahmen von Modell:Zukunft:Steiermark fanden im Rahmen des neuen Formats **„DIENSTALK“** 60 Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen – wöchentlich in jeweils Frühjahrs- und Herbstsessionen – im Haus der Steirischen Volkspartei statt. Die Bilanz ist erfreulich. Der DiensTalk hat – vor allem im urbanen Raum – an Bekanntheit gewonnen, die Kraftanstrengungen haben sich gelohnt und es ist klar: Es gibt keine Hemmschwelle, ein Parteihaus zu betreten, wenn das Format stimmt, wenn die Themen stimmen und wenn die Referentinnen und Referenten stimmen.

Referentinnen und Referenten des DiensTalk (in chronologischer Reihenfolge): Hans Rinner, Gernot Zirngast, Andreas Kletecka, Georg Mader, Gottfried Steiner, Wolfgang Pucher, Joseph Schnedlitz, Bernd Milenkovic, Max Friedrich, Kurt Strasser, Isabella Gartler, Franz Lackner, Carla Amina Baghajati, Kurt Widhalm, Christoph Hörhan, Gerry Wruss, Selim Yenel, Johannes W. Pichler, Anton Pototschnik, Bertran Conrad-Eybesfeld, Silvia Hartleb, Wolfgang Sauer, Werner Gröbl, Ingo Peyker, Alois Stadlober, Burkhard Thierrichter, Otto Wanz, Josef Riegler, Gottfried Kirchengast, Eva Marx, Hans-Peter Lenz, Ernst Wustinger, Josef Herk, Hannes Kargl, Karl Arbesser, Alexander Gaisch, Karl Hutter, Klaus Kocher, Franz Küberl, Helmut Kronjäger, Michael Kriess, Martin Konrad, Sebastian Prödl, Magdalena Kesselstatt, Georg Kompaß, Theresia Leitinger, Theresa Philippi, Christian Geyer, Michael Schunko, Herbert Vanicek, Karl Wratschko, Annemarie Gigl, Erich Gruber, Klaus Katzianka, Gerald Mussnig, Peter Kiesswetter, Thomas Krautzer, Gerhard Wlodkowski, Philipp Wohleser, Wolfgang Mantl, Peter Filzmaier, Richard Lugner, Jonny Stühlinger, Rudi Anschöber, Kristina Edlinger-Ploder, Wolfgang Bachmayer, Trautl Brandstaller, Edith Gößnitzer, Claudia Brandstätter, Henryk M. Broder, Christian Brünner, Sirvan Ekici, Christopher Drexler, Walter Kröpfel, Helmut Konrad, Jochen Pildner-Steinburg, Tina Ehrke-Rabel, Gerhard Fabisch, Alexander Klein, Peter Mühlbacher, Walter Rotschädl, Franz Schellhorn, Sonja Asanovic-Todorovic, Joseph Marko, Flamur Bajgora, Ana Lukic, Bernd Chibici, Birgit Mayer, Ute Pöllinger, Antony Scholz, Fritz Malli, Elisabeth Meixner, Andreas Salcher, Andreas Schneider, Ulla Weigerstorfer, Peter Siegmund, Nora Lackner, Hans Bachinger, Gerald Angermann-Mozetic, Heinz Palme, Hannes Reinmayr, Heidi Glück, Anneliese Rohrer, Thomas Hofer, Peter Ullram, Christian Felber, Arndt M. Hallmann, Gerhard Wohlfahrt, Franz Gosch, Michael Siegmund, Michael Schilcher, Erwin Stubenschrott, Johannes Heinrich, Margit Schratzenstaller, Josef Taus, Christoph Biró, Michael Frank, Peter Plaikner, Eva Weissenberger, Klaus Emmerich, Daniel Froats, Manfred Prisching, Jeanne Marie Schwarz, Gabriele Fischer, Josef Klamming, Karin Petrovic, Franz Pietsch, Gerlinde Grasser, Josef Kandlhofer, Gerhard Stark, Michael Fleischhacker, Georg Hoffmann-Ostenhof, Herbert Dachs, Claudia Gigler, Peter Hajek, Kathrin Stainer-Hämmerle, Jürgen Rainer, Ilse Schmid, Eva Scholik, Kurt Scholz, Edith Glanzer, Grete Gruber, Christoph Mosser, Caroline List, Martin Meier, Sigrun Roßmanith, Harald H. Kessler, Gerhard Kobinger, Gerhard Widmann, Reinhold Lopatka, Michael Schreckenberger, Wolfgang Staudacher, Peter Bußjäger, Karl Korinek, Martin Polaschek, Younes Ouagasse, Julia Schaar, Philipp Schrangl, Gerhard Meixner, Erwin Schmuck, Peter Pulm, Wolfhard Wegscheider, Konrad Paul Liessmann, Katharina Hahn, Markus Hengstschläger, Helene Karmasin, Rudolf Taschner, Helmut Hoflehner, Gery Keszler, Chris Lohner, Gerda Rogers, Christian Buchmann, Susanne Riess-Passer, Alexander Van der Bellen, Rudolf Bretschneider, Sophie Karmasin, Claudia Bandion-Ortner, Friedrich Kicker, Gabriele Krenn, Ernst Gödl, Heinz Kopetz, Madeleine Petrovic, Karl Rose, Helmut A. Gansterer, Alfred Gutschelhofer, Beatrix Karl, Alois Guger, Franz Prettenthaler, Doron Rabinovici, Johannes Huber, Kurt Langbein, Karlheinz Tscheliessnigg

Ebenfalls unter der Dachmarke Modell:Zukunft:Steiermark war das **„MODELL:ZUKUNFT:STEIERMARK IM KUNSTHAUS“** präsent. In diesem Rahmen fanden Diskussionen mit renommierten Fachexpertinnen und -experten aus dem In- und Ausland zu Themen statt, die allgemeine gesellschaftspolitische Bedeutung haben: Pflege, Bildung, Kreativwirtschaft, Stadtentwicklung, Familie, Wirtschaftskrise, Gottesfrage, Ideologien. Mit teilweise sehr provokanten Titeln (z.B. „Blitzgneissen statt klugscheißen“) wurde versucht, auch Verdrossene wieder für Politik zu interessieren. Dies ist auch gelungen. Es konnten bei der „Schlussveranstaltung“ von Modell:Zukunft:Steiermark über 600 Gäste in der Aula der Alten Universität Graz begrüßt werden, als die Frage gestellt wurde: „Links, Mitte, Rechts. Eine Frage der Ideologie?“

Referentinnen und Referenten von Modell:Zukunft:Steiermark (in chronologischer Reihenfolge): Rudolf Burger, Isolde Charim, Sophie Karmasin, Hermann Schützenhöfer, Cäcilia Petek, Michael Chalupka, Franz Marhold, Werner Vogt, Hans Weiss, Stefan Thomas Hopmann, Manfred Prisching, Kurt Scholz, Gerhard Schöll, Andrea Seel, Regina Friedrich, Oliver Fritz, Peter Glatzmeier, Angelika Kresch, Christian Ortner, Bertran Conrad-Eybesfeld, Wolfdieter Dreibholz, Hans Gangoly, Roland Murauer, Daniel Wiener, Gesa Witthöft, Matthias Horx, Rotraud A. Perner, Wolfgang Mazal, Christian Buchmann, Christopher Drexler, Bernd Marin, Karl-Heinz Snobe, Franz Lackner, Anton Zeilinger, Jan Fleischhauer, Wolfgang Schüssel, Günter Verheugen

Die Programmarbeit wurde aber auch auf anderem Terrain betrieben. Sechs **ARBEITSKREISE** erörterten den „Weiß-grünen Weg“ für die Steiermark. Unter den Titeln

- **KLIMA SCHÜTZEN! KLIMASTRATEGIE STEIERMARK**
- **WIRTSCHAFT STÄRKEN! WIRTSCHAFTSSTRATEGIE STEIERMARK**
- **HEIMAT SCHÄTZEN! REGIONALSTRATEGIE STEIERMARK**
- **GESUNDHEIT SCHÜTZEN! DER MENSCH STEHT IM MITTELPUNKT**
- **FAMILIE STÄRKEN! FAMILIE LUSTVOLL LEBBAR MACHEN**
- **MENSCHEN SCHÄTZEN! MODERNE ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK**

wurden sechs Arbeitsprogramme erstellt. Aus diesen Programmpapieren wurden Forderungen erarbeitet, die als „weiß-grüne Anträge“ im Steiermärkischen Landtag eingebracht wurden. Insgesamt konnten 48 weiß-grüne Beschlüsse gefasst werden, weitere elf befinden sich noch in Ausarbeitung.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Arbeitskreisen: Johann Bacher (Arbeitskreisleiter), Brigitte Brosch, Eduard Hamedl, Rudolf Mayer, Birgit Poier, Barbara Riener, Franz Schlögl, Manfred Walzl, Wolfgang Zach, Franz Riebenbauer, Gerald Fugger, Werner Lenhard, Roswitha Metnitzer, Erich Amerer, Dietmar Bayer, Barbara Eibinger, Verena Ennemoser, Thomas Gebell, Nikolaus Koller, Peter Scheweppe, Wolfgang Seidl, Manfred Wolf, Heinz Hainzl, Holger Gasperlin, Birgit Krainer, Ridi Steibl (Arbeitskreisleiterin), Gottfried Hofmann-Wellenhof, Thomas Einwallner, Silvia Fischer, Martha Franz, Gerhard Hofbauer, Luise Hollerer, Barbara Hollomey, Astrid Kirchsteiger-Singer, Verena Korherr, Sonja Kranz, Elisabeth Leitner, Elisabeth Meixner, Gerti Neubauer, Isabella Poier, Birgit Posch, Sissi Potzinger, Nicole Prutsch, Gerhild Rack, Bernd Schönegger, Florian Tunner, Christiane Rille-Pfeiffer, Isabella Hranek, Beatrix Karl (Arbeitskreisleiterin), Bernhard Ederer, Franz Gosch, Herbert Rossmann, Ridi Steibl, Klaus Hatzl, Christian Schwarz, Karl Heinz Snobe, Dieter Schwarz, Barbara Hollomey, Christina Ulrich, Helmut Moser, Verena Schönegger, Peter Bermann, Jochen Pack, Jakob Taibinger, Liselotte Zischka

Wichtige Impulse für die Programmarbeit lieferte auch der interaktive **„STEIERMARK-DIALOG“**. Unter www.steiermarkdialog.at wurde in den vergangenen sechs Monaten eine Kommunikationsplattform ins Leben gerufen, auf der die Steirerinnen und Steirer die Möglichkeit hatten, zu wesentlichen steirischen Themen Stellung zu beziehen. Anhand von Internet-Fragebögen wurde die Meinung der steirischen Bevölkerung – die mit dem Steiermark-Dialog auch mit Hermann Schützenhöfer in direkten Kontakt treten konnte – zu bestimmten Themen erfasst. Viele heiße Themen wurden dabei abgefragt, u.a. Gratskindergarten, Mindestsicherung und Arbeitsgerechtigkeit. Die Rückmeldungen der Bevölkerung flossen direkt in die Programmarbeit mit ein. Über 2.500 Steirerinnen und Steirer haben beim Steiermark-Dialog mitgemacht.

Seit dem Jahr 2000 wird das **STEIRISCHE JAHRBUCH FÜR POLITIK** herausgegeben. Auch dieses Jahrbuch ist ein Teil unserer Programmarbeit. Indem „Parteinähe“ und „Parteiferne“ gebeten werden, zu den Themen des jeweiligen Jahres Stellung zu beziehen, wird der Versuch unternommen, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und die Meinung und die Argumente Anderer in die eigenen Überlegungen miteinzubeziehen. Das Steirische Jahrbuch hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Dokumentation und Analyse der Steirischen Politik und Zeitgeschichte entwickelt. Es wurde als Pendant zum Österreichischen Jahrbuch für Politik entworfen, hat sich aber mittlerweile zu einem eigenständigen, aus der steirischen Zeitschichtsschreibung nicht mehr wegzudenkenden Werk entwickelt.

Autorinnen und Autoren des „Steirischen Jahrbuchs für Politik“ 2005 bis 2009 (in chronologischer Reihenfolge): Christian Buchmann, Gertrude Celedin, Christopher Drexler, Kathrin Dreyße, Kristina Edlinger-Ploder, Peter Faßhuber, Michael Feiertag, Ursula Gallautz, Christina Hakel, Sonja Harter, Herwig Hösele, Beatrix Karl, Gerhard Koch, Hedwig Kopetz, Peter Koren, Paul Lendvai, Reinhold Lopatka, Wolfgang Mantl, Joseph Marko, Hannes Missethon, Reinhard Ott, Klaus Poier, Manfred Prisching, Wolf Rauch, Hans Rauscher, Bernhard Rinner, Eva Schäffer, Siegfried Schrotta, Hermann Schützenhöfer, Johann Seitinger, Ernst Sittinger, Michael Tripolt, Erich Visotschnig, Erwin Zankel, Karl Aiginger, Hans Albert, Martin Bartenstein, Josef Cap, Reinhold Esterbauer, Christoph Faschinger, Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Arben Hajrullahu, Hermann Härtel, Helmut Hirt, Rudolf Hundstorfer, Andreas Khol, Waltraud Klasnic, Franz Küberl, Christian Lagger, Lothar Locklm, Monika Mattesich, Fritz Neugebauer, Leopold Neuhold, Laura Perres, Christian Pippan, Hildegunde Piza-Katzer, Ursula Plassnik, Franz

Prettenthaler, Margareth Prisching, Josef Pröll, Johanna Rachinger, Andreas Schnider, Jeanne-Marie Schwarz, Thomas Spann, Harald Stelzer, Heinz-Christian Strache, Peter Westenthaler, Hans Winkler, Bianca Woermann, Karl Wratschko, Amra Abaz, Hans Adam, Claudia Babel, Catherine Bosshart-Pfluger, Stefan Brändle, Helmut Brandstätter, Dieter Brosz, Erhard Busek, Peter Filzmaier, Regina Friedrich, Claudia Gigler, Martin Graf, Fritz Grillitsch, Haim Harari, Ursula Haubner, Hubert Isak, Egon Kapellari, Margarita Kastanara, Veronica Kaup-Hasler, Marko Kmezic, Margit Körner, Emma Lantschner, Helmut List, Wolfgang Lorenz, Josef Mantl, Elisabeth Meixner, Nora Melzer-Azodanloo, Wilhelm Molterer, Theo Öhlinger, Jochen Pildner-Steinburg, Reinhard Rack, Hans Roth, Bernd Schilcher, Claudia Schmied, Susanne Scholl, Sandra Steindl, Michael Steiner, Heimo Steps, Melanie Sully, Angelika Vauti-Scheucher, Monika Wlad, Stefan Winkler, Günter Bischof, Michael Böheim, Trautl Brandstaller, Josef Bucher, Karol Decsi, Maria Magdalena Enge, Maria Fekter, Benita Ferrero-Waldner, Erich Foglar, Eva Glawischnig, Heidi Glück, Johannes Hahn, Lenhard Hamza, Klaus Hatzl, Elisabeth Hödl, Thomas Hofer, Ferdinand Karhofer, Heinrich Kopetz, Günther Kräuter, Richard N. Kühnel, Christoph Leitl, Markus Mair, Reinhold Mitterlehner, Siegfried Nagl, Ewald Nowotny, Heinrich Oberreuter, Heinz Palme, Wolfgang Pucher, Maja Pudar, Karin Raffer, Wolfgang Riedler, Lisa Rücker, Heinrich Schnuderl, Margit Schratzenstaller, Hans-Werner Sinn, Veit Sorger, Michael Spindelegger, Thomas Strohmeier, Anton Stumpf, Heinz P. Wassermann, Christoph Biró, Leo Borchart, Peter Bußjäger, Herbert Dachs, Andreas Ehringfeld, Lisa Fuchs, Verena Gangl, Franz Gosch, Ulfried Hainzl, Wolfgang Hattmannsdorfer, William M. Johnston, Florian Kolar, Robert Krimmer, Andreas J. Kumin, Franz Lackner, Franz Lang, Irena Lipowicz, Leopold Mantl, Georg Markus, Thomas Mayer, Thomas Mayr-Harting, Jürgen Mittelstraß, Mario J. Müller, Heinrich Neisser, Manuel P. Neubauer, Martin F. Polaschek, Edith Riether, Walter Rotschädl, Bert Rürup, Kurt Salamun, Katharina Schaden, Gerald Schöpfer, Kathrin Stainer-Hämmerle, Michael Strugl, Hans Sünkel, Markus Traxl, Matthias Wabl, Eva Weissenberger

Schließlich muss auf die Zeitschrift „**POLITICUM**“ hingewiesen werden, die ebenfalls Teil der Programmarbeit der Steirischen Volkspartei ist. Seit 1980, also seit mittlerweile 30 Jahren, werden vierteljährliche Themenhefte publiziert. Auch hier liegt das Augenmerk nicht auf „Parteinähe“ der Autorinnen und Autoren, sondern auf umfassender Expertise und weitgreifender Meinung. In mittlerweile insgesamt 111 Heften ist es gelungen, über 2.000 Artikel zu allen möglichen denkbaren, ja manchmal auch undenkbaren Themen zu publizieren.

Autorinnen und Autoren des „politicum“ Nr. 99 bis 111 (in chronologischer Reihenfolge): Hannes D. Galter, Bernhard Rinner, Alois Kölbl, Hermann Schützenhöfer, Ernst Sittinger, Herwig Hösele, Klaus Poier, Verena Farré Capdevila, Beatrix Karl, Hans Putzer, Sebastian Prisching, Antonia Justin, Leo Borchart, Edith Gößnitzer, Harald Haslmayr, Werner Weidenfeld, Isolde Charim, Manfred Prisching, Michael Steiner, Hans-Werner Sinn, Uwe Becker, Thomas Krautzer, Franz Küberl, Doris Palz, Helga Kromp-Kolb, Katharina Cortolezis-Schlager, Helmut Brandstätter, Sabine Herlitschka, Christian Buchmann, Kristina Edlinger-Ploder, Johann Seitinger, Arnold Schwarzenegger, Josef Pröll, Ulli Sima, Rudi Anschöber, Peter Mühlbacher, Gerhard Wlodkowski, Franz Gosch, Josef Riegler, Wolfgang Jilek, Ute Pöllinger, Jochen Pildner-Steinburg, Gilbert Frizberg, Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Heinz Kopetz, Daniela Ingruber, Franz Prettenthaler, Hannes Schwaiger, Daniel Steiner, Wolfgang Mantl, Walter M. Iber, Helmut Konrad, Lothar Höbelt, Roman Sandgruber, Franz Mathis, Wolfram Dornik, Rolf Steininger, Hans Hautmann, Gerald Schöpfer, Christian M. Ortner, Hannes Leidinger, Verena Moritz, Peter Teibenbacher, Stefan Karner, Claudia Fräss-Ehrfeld, Alfred Ableitinger, Harald Heppner, Günter K. Kodek, Ernst Hubeli, Gesa Witthöft, Heinz Fassmann, Karl Husa, Helmut Wohlschlägl, Karl-Albrecht Kubinzky, Hasso Hohmann, Bertran Conrad-Eybesfeld, Judith Schwentner, Wolfgang Pucher, Siegfried Nagl, Franz Dobusch, Hilde Zach, Detlev Eisel-Eiselsberg, Werner Miedl, Gerhard Rüschi, Mathis Huber, Alfred Gusenbauer,

Heinz Palme, Gabi Burgstaller, David Brenner, Jörg Haider, Reinhold Lopatka, Karl Stoss, Oliver Fritz, Gerald Angermann-Mozetic, Werner Suppanz, Urs Altermatt, Michael Friedrich, Astrid Schrenk, Martin Konrad, Friedrich Stickler, Josef Hickersberger, Konrad Plautz, Olga Hutter, Gerhard Kapl, Claudia Gigler, Thomas Plauder, Egyd Gstättnr, Martin G. Wanko, Johannes Heinrich, Michael Lang, Richard Sturn, Margit Schratzenstaller, Karl Bruckner, Rainer Niemann, Sabine Kanduth-Kristen, Erich Kirchler, Silvia Rechberger, Tina Ehrke-Rabel, Otto Taucher, Eva Strunz, Karl Kamper, Mario Leistentritt, Werner Amon, Christoph Matznetter, Bruno Rossmann, Christoph Leitl, Hildegunde Piza-Katzer, Andrea Wenger, Gerlinde Grasser, Manfred Walzl, Friedrich Santner, Karl Sudi, Helmut Hirt, Ernest Kaltenecker, Josef Kandlhofer, Martin Gleitsmann, Josef Smolle, Karlheinz Tscheliessnigg, Gerhard Stark, Gerd Hartinger, Igor Knez, Birgit Poier, Hubert Dreßler, Gerhard Kobinger, Werner List, Anita Prettenthaler-Ziegerhofer, Michaela Sohn-Kronthaler, Karin Maria Schmidlechner, Elisabeth Holzer, Trautl Brandstaller, Heidrun Silhavy, Maria Mosbacher, Bettina Vollath, Walburga Beutl, Edith Zitz, Lisa Rücker, Elke Kahr, Walter Schwimmer, Hans Winkler, Alfred Stingl, Margit Wästfelt, Michael Spindelegger, Christoph Grabenwarter, Elisabeth Steiner, Wolfram Karl, Heinz Wietrzyk, Wolfgang Rau, Renate Kicker, Klaus Starl, Joseph Marko, Waldemar Martyniuk, Wolfgang Benedek, Matthias C. Kettemann, Andreas Kiefer, Egon Kapellari, Boris Jesih, Stefan Börger, Bojko Bucar, Jürgen Elvert, Simon Lang, Burkhard Olschowsky, Duska Knezevic Hocesvar, Elisabeth Arlt, Karl Kaser, Peter Pichler, Ludwig Rader, Peter Merlini, Lojze Wieser, Andreas Schnider, Wolfgang Weirer, Anton A. Bucher, Renate Ogris-Steinklauber, Peter Härtel, Stefan Schennach, Stefan Hopmann, Bernadette Hörmann, Martin Retzl, Andreas Salcher, Elisabeth Meixner, Olaf Schänzer, Monika Mühlwert, Max H. Friedrich, Natascha Stern, Susanne Herker, Bernd Hackl, Josef Zollneritsch, Walter Ebner, Waltraud Grillitsch, Helmut Bachmann, Wilhelm Krautwaschl, Hans-Ferdinand Angel, Rudolf Bretschneider, Maria Fekter, Franz Lang, Christian Bachhiesl, Gudrun Harrer, Thomas Mayr-Harting, Erich Reiter, Sabine A. Haring, Arnold Kammel, Erich W. Streissler, Gudrun Biffl, Markus Mair, André Gaszó, Otto Petrovic, Raoul Kneucker, Ingeborg Gabriel

In diesem Sinn:

DANKE an 245 Referentinnen und Referenten, die im Rahmen von DiensTalk und Modell:Zukunft:Steiermark zur Verfügung gestanden sind.

DANKE an die zahlreichen Steirerinnen und Steirer, die unermüdlich, Woche für Woche auf den Karmeliterplatz in das Parteihaus gekommen sind, um beim DiensTalk oder eben bei Modell:Zukunft:Steiermark dabei zu sein und die auch aktiv in Form von Diskussionsbeiträgen und Co-Referaten mitgearbeitet haben.

DANKE den Arbeitskreisleiterinnen und Arbeitskreisleitern der Programm-arbeit im „Weiß-grünen Weg“, welche die oft langwierigen und inhaltlich meist sehr schwierig zu koordinierenden Arbeitskreise geleitet haben.

DANKE allen Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, zum Bundesrat und zum Österreichischen Nationalrat sowie allen Expertinnen

und Experten, die sich zu ihren jeweiligen Themen im weiß-grünen Weg eingebracht haben.

DANKE den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Steiermark-Dialoges – insgesamt knapp 2.500 Personen!

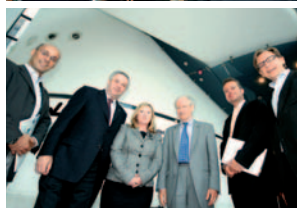
DANKE an jene, die am Entstehungsprozess des „Steirischen Jahrbuch für Politik“ und „politicum“ in den letzten fünf Jahren beteiligt waren. Für das „Jahrbuch“ sind die Herausgeberinnen und Herausgeber und selbstverständlich jene 233 Autorinnen und Autoren, zu nennen, die auf 1.414 Seiten in ihren 219 Beiträgen Denkanstöße und Denkaufgaben geliefert haben!

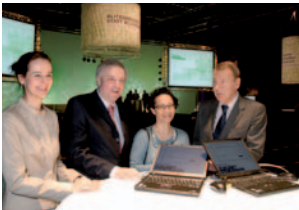
Für das „politicum“ geht der Dank ebenfalls an die Herausgeberinnen und Herausgeber der einzelnen Schwerpunkthefte sowie an 262 Autorinnen und Autoren, die 13 Hefte mit insgesamt 1.224 Seiten mit qualitativem Inhalt gefüllt haben. Vielen Dank auch an alle, die im Hintergrund in der Recherche- und Redaktionsarbeit beteiligt waren.

DANKE schließlich den Mitgliedern des „Dialogbeirates“ sowie den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates für das „Steirische Jahrbuch für Politik“ und für „politicum“. Sie haben in regelmäßig stattfindenden Sitzungen die Denk- und Programmarbeit unterstützt und begleitet.

Dialogbeirat: Claudia Brandstätter-Kobalt, Katharina Cortolezis-Schlager, Christopher Drexler, Beatrix Karl, Stefan Karner, Heimo Lercher, Franz Marhold, Heinrich Neisser, Jochen Pildner-Steinburg, Hildegunde Piza-Katzer, Klaus Poier, Martin Polaschek, Franz Prettenthaler, Manfred Prisching (Vorsitzender), Bernhard Rinner, Franz Schrank, Ernst Georg Wustinger, Erwin Zankel

Wissenschaftlicher Beirat Steirisches Jahrbuch für Politik/politicum: Alfred Ableitinger, Wolfgang Benedek, Tina Ehrke-Rabel, Edith Gößnitzner, Johannes Heinrich, Marianne Hilf, Hubert Isak, Franz Jeglitsch, Beatrix Karl, Stefan Karner, Renate Kicker, Igor Knez, Karl A. Kubinzky, Yvonne Luisi-Weichsel, Wolfgang Mantl, Franz Marhold, Joseph Marko, Nora Melzer-Azodanloo, Bernhard Pelzl, Ulrich Pferschy, Walter Pieringer, Klaus Poier, Martin Polaschek, Anita Prettenthaler-Ziegerhofer, Manfred Prisching (Vorsitzender), Reinhard Rack, Wolf Rauch, Willibald Riegler, Kurt Salamun, Bernd Schilcher, Gerald Schöpfer, Michaela Sohn-Kronthaler, Barbara Stelzl-Marx, Kurt Weinke





Hinter all diesen Aktivitäten stand und steht die Überzeugung: Eine Partei muss sich den brennenden gesellschaftspolitischen Themen widmen, um ernst genommen zu werden und richtige Lösungen entwickeln zu können. Bereits im Jahre 1975 hat der damals neue Parteiohmann der Österreichischen Volkspartei, Josef Taus, nach dem plötzlichen Tod von Karl Schleinzner bei einem Parteitag festgehalten: „Wir müssen wieder eine schreibende, diskutierende und im wahrsten Sinne des Wortes streitende Partei werden.“ Ein Auftrag, der heute aktueller denn je ist. Diesem Auftrag versucht die Steirische Volkspartei stets auf's Neue gerecht zu werden.

WEIL ES UM DIE ZUKUNFT UNSERER STEIERMARK GEHT.

Impulse für „Wege für die Steiermark“ kommen von Steirerinnen und Steirern im Rahmen des Modell:Zukunft:Steiermark, des DiensTalk, des Weiß-grünen Weges, des Steiermarkdialoges, des Steirischen Jahrbuch für Politik, des politicum und darüber hinaus gehend von Christian Buchmann, Christopher Drexler, Kristina Edlinger-Ploder, Regina Friedrich, Beatrix Karl, Margit Kraker, Thomas Krautzer, Franz Marhold, Elisabeth Meixner, Klaus Poier, Martin Polaschek, Franz Prettenthaler, Manfred Prisching (Autor der Analyse „Was uns fordert“), Sebastian Prisching, Bernhard Rinner, Ronald Rödl, Karl Rose, Hans Seitinger, Gerhard Wlodkowski, Erwin Zankel, Anita Ziegerhofer-Prettenthaler.

